

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 50

Sonntag, den 15. Dezember

1912

Steuergesahren.

Das Defizit im Reichsetat ist ein Laufendes; von Jahr zu Jahr zieht es sich von einem Etat zum andern hinüber. Nur einen Unterschied weist es mitunter auf in seiner Größe, aber vorhanden war es immer. So auch im Etat für das nächste Jahr, der jetzt dem Reichstage zur Beratung vorliegt. Noch im vorigen Jahre prahlten die Reichschatzsekretäre, Herr W e r m u t h und sein Nachfolger R ü h n e, mit großen Ueberschüssen aus dem Jahre 1910/11, aber diese Ueberschüsse konnten das Defizit nicht verdecken — die Reichsschuld wächst.

Infolge dieser Defizitnot werden dauernd Steuerpläne im Reichschatzamt fabriziert und jede Gelegenheit ergriffen, sie dem Reichstage plausibel zu machen. Raum ist eine sogenannte Reichsfinanzreform abgeschlossen, wird schon wieder eine neue vorbereitet. Kleinere Steuerprojekte werden zwischendurch in Angriff genommen und auch durchgeführt, wie im vorigen Jahre die famose Ueänderung der Spiritusbesteuerung.

Bei jener Gelegenheit wurde eine weitere Steuer bereits in Aussicht genommen, durch jene das Volk täuschende Resolution, nach der die Regierung eine „allgemeine Besitzsteuer“ ausarbeiten soll. Nun sind es nicht etwa die technischen Schwierigkeiten, die der Regierung hindernd im Wege ständen, bereits eine Vorlage fertigzustellen, sondern die heulige Weigerung der Besitzenden, eine nennenswerte direkte Steuer auf sich zu nehmen. Wie die Agrarier gegen die Erbschaftsteuer feindselig auftreten, so sind die Besitzer des mobilen Kapitals einer Vermögens- und Einkommenssteuer für das Reich spinnefeind.

Was soll nun der Reichschatzsekretär tun? Wenn die Finanznot ihm tüchtig auf die Nägel brennt, dann wird er sie zweifellos mit neuen großen indirekten Steuern zu besetzen suchen, und die Mehrheit der bürgerlichen Parteien wird sie ihm bewilligen. Inzwischen soll der Coup mit der „Besitzsteuer“ ausgeführt werden. Nach den Weihnachtsferien gedenkt der Schatzsekretär einen Plan zu diesem Zwecke ausgeheckt zu haben. Voraussetzlich wird er eine scheinbare Besitzsteuer als kleine Uebereinkunft für den Etat ganz gern hinnehmen. Denn, wie gesagt, viel kosten darf sie den Besitzenden nicht, sonst lehnt die Mehrheit sie ab.

Ist aber dann diese kleine direkte Steuerquelle eröffnet, und die wachsende Finanznot erfordert größere Mittel, dann kommt der Reichschatzsekretär sicher mit Forderungen nach indirekten Steuern an den Reichstag, die nicht knapp bemessen sein werden. Unter dem Schmunzeln der Besitzenden wird er dann erklären, direkte Steuern könne er nicht fordern, nachdem er erst kurz vorher die „Besitzsteuer“ durchgeführt habe. Dann wird eben die breite Masse wieder gründlich geschöpft.

Das sind keine Schwarzjehereien, keine Phantome, sondern die Vorbereitung aller Steuerpläne im Reichschatzamt zeigen deutlich darauf hin. Das Petroleummonopol ist auch nichts weiter, als ein Versuch, durch diese neue Art der Besteuerung der Konsumenten neue Einkünfte für die Reichskasse herauszuschlagen. Die Versprechungen, etwaige Erträge des Monopols zu sozialpolitischen Zwecken zu verwenden, sind nichts anderes, als ein ganz vager Gimpelfang.

Nicht mit Unrecht beschränken daher Fachblätter der Tabakindustrie, daß nach etwaiger glücklicher Durchführung des Petroleummonopols weitere Monopolprojekte der Regierung ans Tageslicht kommen werden, so z. B. ein Zigarettenmonopol. Man mag leugnen, so viel man will, ein Monopol für das Tabakgewerbe bei günstiger Gelegenheit einzuführen, besteht in Regierungskreisen. Und ist der Monopolgedanke einmal in der Gesetzgebung zum Durchbruch gekommen, dann gibt es kein Halten mehr. Freilich, die Spuren des Kalimonopols schrecken. Aber man wird dem Volke vorreden, daß es sich bei jedem weiteren Monopolplan um etwas ganz anderes handelt, wie jetzt hinsichtlich des Petroleummonopols schon argumentiert wird.

Fallen wir demgegenüber nur fest, daß Monopole nur als indirekte Steuerquellen von der Regierung gedacht sind, bei denen die Konsumenten die Lasten zu tragen haben. Beim Petroleum- wie beim Zigaretten- resp. Tabakmonopol wären es also die arbeitenden Klassen, die den Hauptanteil zu tragen hätten. Darum kann gar nicht oft genug auf diese bestehenden Steuergesahren hingewiesen werden. Immer muß dem Steuerzahlenden Volke zugewiesen werden: Merke auf, du bist gewarnt!

Arbeiterinnenfang u. Klasseninteresse.

Die bürgerliche Frauenbewegung strebt danach, die Frauen der verschiedenen politischen Parteien und

sozialen Schichten unter ihr Banner zu bringen. Sie sucht auch die proletarischen Frauen, die Arbeiterinnen, für sich zu gewinnen und in sogenannte Arbeiterinnenvereine hineinzubugieren. Ihre Argumentation geht dahin, daß alle Frauen das gleiche Interesse an den Frauenforderungen hätten, und sich darum zu einer einzigen Vereinigung zusammenschließen müßten. Wohlweislich verkleinern die bürgerlichen Frauen bei ihrer Werbung um die Proletarierinnen ihre Klasseninteressen, und stellen nur die gemeinsamen Forderungen aller Frauen heraus. Um in proletarische Kreise einzudringen, verlegen sie sich auf Wohlthätigkeit und machen in Bildung; alles Mittel, um die Arbeiterinnen einzufangen.

Wie steht es in Wirklichkeit um die bürgerliche Frauenbewegung? Man findet bald, daß sie um die gemeinsamen Fraueninteressen gar nicht so sehr besorgt ist, sondern daß ihr die Klasseninteressen alles sind. Die bürgerlichen Frauen wollen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und Ausbeutung nicht erschüttern, sie wollen die Klassenherrschaft beibehalten, ja, sie sogar fester verankern. Darum schließen sie sich den „staatsbehaltenden“ Parteien an, selbst denen, die ihnen die politische und soziale Gleichberechtigung versagen.

Innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung haben sich zwei Gruppen gebildet; die eine Gruppe fordert die Gleichberechtigung mit dem männlichen Geschlecht, die andere ist Gegnerin dieser Forderung. Und in der fordernden Gruppe, im Verband für Frauenstimmrecht vereinigt, gibt es wieder zwei Richtungen. Die radikalere steht zu der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Die andere, die größere, will sich — angeblich aus taktischen Gründen — auch gern mit dem Klassenwahlrecht begnügen. Man wird gleich sehen, warum. Die Motive aller der so verschiedenen Bestrebungen sind die gleichen; sie wurzeln in dem Wunsch nach Beibehaltung der Klassenherrschaft. Die eine Gruppe will an der Klassenherrschaft der bürgerlichen Männer teilnehmen, die andere Gruppe ist mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden und befindet sich sehr wohl im Schatten der Klassenherrschaft des männlichen Geschlechts, das ja auch ihre Klasseninteressen vertritt. Auch ohne politische Rechte haben die Frauen der kapitalistischen Schichten dank ihres Geldbeutels die Möglichkeit, ihre fast nur auf das Genußleben eingestellten Wünsche zu befriedigen. Daher sind diesen bürgerlichen Frauen die Klaffenrechte, die aus dem Besitz hergeleiteten Rechte, wichtiger, als die Rechte ihres eigenen Geschlechts; sie opfern sofort die letzten, wenn ihnen nur die ersten erhalten bleiben.

Die andere Gruppe setzt sich zum Teil aus Intellektuellen, zum Teil aus Elementen zusammen, die durch die wirtschaftliche Entwicklung des schließenden und sorgenden Heimes beraubt, in die Zwangslage des Erwerbes versetzt, das Verlangen nach Anteilnahme an der Klassenherrschaft der Männer in sich tragen. Sie wollen nicht ins Proletariat hinabgeschleudert werden, da bleibt ihnen keine andere Wahl, denn als Privilegierte an die Quellen der kapitalistischen Gewinnmacherei zu gelangen.

Ein charakteristisches Beispiel dafür, daß die bürgerlichen Frauen in erster Linie ihre Klasseninteressen und nicht die Fraueninteressen, die politische Gleichberechtigung der Frau verfolgen, lieferte die Erziehung in ersten Berliner Wahlkreise. In hellen Scharen, ja, in überraschend großer Anzahl, haben da die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für den Freisinn Wahlarbeit geleistet, für denselben Freisinn, der es vor ganz kurzer Zeit auf seinem Parteitage in Mannheim ablehnte, die Forderung der politischen Gleichberechtigung. In der Diskussion über diese Angelegenheit betonten Freisinnführer, hervorragende Parteimitglieder müßten aus der Partei austreten, sobald die Forderung der politischen Gleichstellung der Frau in der Partei anerkannt und im Programm öffentlich zum Ausdruck gebracht werde, weil sie grundsätzlich Gegner der Gleichberechtigung seien. Die die Forderung nach Gleichberechtigung verhöhnende Haltung des Freisinn hat die Frauenrechtlerinnen nicht gehindert, für den Fortschritt zu arbeiten. Sie leisten dem Freisinn nach wie vor Gefolgschaft, in noch gesteigertem Eifer. Die bürgerlichen Frauen unterstützen eine Partei, die die Frauen für politisch minderwertig hält, kämpfen wie wild gegen die Partei, die grundsätzlich die Gleichberechtigung der Frauen fordert und praktisch dafür eintritt, die Frau zur freien und gleichberechtigten Genossin des Mannes zu machen.

Das Vorgehen der bürgerlichen Frauen zeigt die tiefe Kluft, die das Proletariat von ihnen trennt. Nur durch Erfassen des Sozialismus werden die Frauen zu energiegelassen Kämpferinnen für die Gleichberechtigung der Frauen erzogen. Klassenbewußtsein und Klassenhass verbieten den

Proletarierinnen, gemeinsame Sache mit den bürgerlichen Frauen zu machen. Nur durch den Sozialismus gelangen sie aus der Geschlechts- und Lohnsklaverei zu lichten Höhen der Freiheit.

Reichstagsbrief.

Mit der ersten Beratung des Etats im Reichstage ist in diesem Jahre eine Besprechung der Politik des auswärtigen Amtes angeknüpft gewesen, wie es selten der Fall war. Die Interpellationen über die Stellung der deutschen Regierung zu den Balkanwirren wurden mit dieser Beratung verbunden. So kam es, daß zwei Tage lang die auswärtige Politik Gegenstand lebhafter Aussprache war. An Gründlichkeit, Offenheit und Schärfe der Aussprache stand die Sozialdemokratie allen Fraktionen voran.

Die Regierung ließ durch den Reichskanzler eine Erklärung über ihre Stellung zum Balkankrieg verlesen, die äußerst dürftig war und allerhand Ausdeutungen Raum ließ, wie die nachmaligen Besprechungen in der auswärtigen Presse bewiesen. Aber auch Redner der bürgerlichen Parteien gaben ihrer Enttäuschung über diese Dürftigkeit der Reichskanzlerrede Ausdruck.

Die Versicherung ihrer Bundesstreue gegenüber Oesterreich hielt die Regierung einer aufklärenden Begründung nicht für nötig. Dieser Mangel und die daneben auftretende Sabeltrasse mußten die Furcht vor drohender Kriegsgefahr in der Öffentlichkeit verschärfen. Dadurch setzte sich die Regierung dem Verdacht aus, als ob sie heimlich selbst frivole Kriegstreiberei anzettelte.

Der sozialdemokratische Abg. L e d e b o u r gab sofort als erster Redner dieser Auffassung scharfen Ausdruck, die er mit eingehender Darstellung der Kriegsgefahr und der schrecklichen Folgen des Balkankrieges einleuchtend klarlegte. Gegenüber der leichtfertigen Eroberungspolitik der herrschenden Mächte müsse das klassenbewußte Proletariat seine ganze Macht in die Waagschale legen, damit es nicht gezwungen werde, seine Haut, sein Gut und Blut für diese Politik zu opfern. Von unschätzbarem Wert sei daher die fortdauernde Tätigkeit der sozialistischen Internationalen gegen den drohenden Weltkrieg, die ihren energischen Willen nach dieser Richtung auf dem internationalen Kongreß in Basel ausdrucks- und wirkungsvoll bekundet habe.

Die bürgerlichen Redner, S p a h n vom Zentrum, B a s s e r m a n n von den Nationalliberalen und selbst der frischgeadelte v. P a y e r von der Fortschrittspartei bestritten den Wert der sozialdemokratischen Friedensdemonstrationen, die natürlich den bürgerlichen Parteien schon deshalb zuwider sind, weil sie die großartige Solidarität der Sozialdemokratie aller Länder dokumentieren. Außerdem aber sagten die sozialdemokratischen Redner Dr. D a v i d und S a a s e den Bürgerlichen auf den Kopf, daß sie speziell in Deutschland solche Demonstrationen gar nicht zustande brächten, weil ihnen dazu die Organisationen fehlen. Doch nicht nur das, auch der Wille fehlt ihnen, weil sie trotz aller Nichtachtung des Parlaments durch die Regierung dieser die auswärtige Politik als alleinige Domäne überlassen und blindlings alles unterstützen, was die Regierung unternimmt.

Nur die Sozialdemokratie fordert gleichberechtigte Anteilnahme des Reichstages an die auswärtige Politik; die Vertretung des Volkes muß die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand haben.

Das widerspricht dem Kapitalismus, in dessen Interesse die imperialistische Politik, die Raub- und Kriegspolitik getrieben wird. Daher die jammervolle Haltung der bürgerlichen Mehrheit gegenüber der Regierung, die weder durch den Reichskanzler, noch durch den Staatssekretär des Auswärtigen, v. R i b e r l e n - W ä c h t e r, näheren Aufschluß über ihre Absichten geben ließ. Es war dem Sozialdemokraten D a v i d vorbehalten, Klarheit darüber zu schaffen, wie sich die Regierung auf Grund des Vertrages zwischen Oesterreich und Deutschland zu verhalten habe. Nur, wenn die Existenz des einen oder anderen Staates durch einen Angriffskrieg von dritter Seite in Frage gestellt ist, haben die Vertragsschlichter füreinander einzutreten. Nicht aber Deutschland für Oesterreich, wenn dieses infolge des Balkankrieges Länderraub auf dem Balkan zu seinem eigenen Vorteil betreiben will. Es wäre mehr als Frevel, wenn Deutschland in solchem Falle das Leben eines einzigen Menschen opferte.

Gegen die diplomatischen Kriegstreiber legen die sozialdemokratischen Redner schärfsten Protest ein, wie sie auch mit dem Hinweis auf alle Folgen eines Krieges die Herrschenden warnen, das Volk zur Verzweiflung zu

Wollen. Das Volk will keinen Krieg. Mit heißer Sattre geißelte David die Heuchelei christlicher Kriegsheber, wie auch Haase, der die Aktion der sozialistischen Internationale in Basel ins hellste Licht stellte. Regierung und bürgerliche Parteien schnitten ganz kläglich ab bei diesen Erörterungen, die zur Evidenz zeigten, daß die Partei des Proletariats die Beziehungen der Herrschenden wie der Völker zu einander gründlich zu beurteilen versteht und sich allein bemüht, sie offen vor aller Welt darzulegen. So wird auch in Zukunft die Partei darauf drängen, daß der Reichstag sich eingehend und öfter mit der auswärtigen Politik befassen muß, damit immer und rechtzeitig auf die Gefahren der Politik der herrschenden Klassen aufmerksam gemacht werden kann.

Nach der Erledigung der Debatten über die auswärtige Politik griff die Beratung über das Gebiet der inneren Politik. Hier war es wieder zuerst der Redner der Sozialdemokratie, Abg. Dr. Frank, der in eindrucksvoller Rede die Folgen der reaktionären Politik der herrschenden Klassen bloßlegte und für die arbeitenden Klassen Gleichberechtigung im bürgerlichen Staate forderte. Er kennzeichnete die Ausraubung der Arbeiter durch indirekte Steuern und Zölle, wies demgegenüber auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiter hin, die höhere Löhne fordern müssen, um nicht durch die Steuerlast zugrunde zu gehen. Er forderte Koalitionsfreiheit statt der beabsichtigten Entrechtung durch Ausnahmegeetze oder den sog. Schutz für Streikbrecher. Er will die Forcierung einer gesunden Sozialpolitik, statt der traurigen Gesezmacherei, die den sozialen Verhältnissen nicht entspricht, und betonte scharf die Fortführung des Kampfes der Sozialdemokratie gegen die rückschlägige innere Politik der Regierung.

Statt auf diese Gebiete der inneren Politik einzugehen, setzten die Redner des Zentrums eine Entrüstungskomödie gegen die durch den Bundesrat erfolgte neue Interpretation des Jesuitengeetzes in Szene. Als ob die katholische Christenheit in ihren innersten religiösen Gefühlen aufs tiefste verletzt wäre und aufs schmachlichste vergewaltigt würde durch diese Interpretation, donnerten die Herren Spahn und Gröber der Regierung ihre Entrüstung entgegen. Aber nur bürgerliche Redner behandelten diese Komödie als einen wichtigen Vorgang. Die Sozialdemokratie erkannte sofort das Vorgehen des Zentrums als einen taktischen Schachzug, durch den die katholischen Arbeiterwähler von der mißlichen Lage des Zentrums abgelockt und künstlich in Erregung für die angeblich bedrohte katholische Kirche veretzt werden sollen.

Das Zentrum hat an seiner vollstverräterischen Haltung bei der Steuerbelastung im Jahre 1909 immer noch zu kauern. Bei den Wahlen im Januar dieses Jahres schnitt es nicht günstig ab und möchte den niederbrütenden Eindruck der Reichstagswahlen verwischen. Mehr noch. Unter den katholischen Arbeitern hat die päpstliche Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften arge Verwirrung angerichtet, die dem Zentrum schwere Sorgen bereitet. Nun soll ein frisch-fröhlicher Entrüstungsrummel gegen das Jesuitengeetz über all die Nöten hinweghelfen. Darum die komödienhafte Opposition gegen den Bundesrat resp. den Reichskanzler im Reichstage.

Aber diese jesuitischen Absichten des Zentrums wurden im Reichstage vereitelt. Nicht etwa durch den Reichskanzler, der so tat, als müsse er die Komödianten ernst nehmen, nein, durch die sozialdemokratischen Redner Lensch und Liebknecht, von denen besonders der letztere mit unbarmherziger Schärfe die Heuchelei kennzeichnete, die darin liegt, daß sich das Zentrum über das Jesuitengeetz empört, während es längst dessen Beseitigung erzwingen haben könnte, wenn es wollte. Auch jetzt wäre die Beseitigung sofort zu erreichen, weil die Sozialdemokratie für die Aufhebung dieses Ausnahmegeetzes stimmen wird, wie sie gegen jedes Ausnahmegeetz ist. Zentrum, Polen und Sozialdemokraten bilden eine kompakte Mehrheit, schon Zentrum und Sozialdemokratie allein. Das Zentrum braucht nur dem Reichskanzler ernste Opposition zu machen, ihm das Gehalt oder der Regierung den Stat zu verweigern, wenn sie das Jesuitengeetz nach dem Beschluß der Mehrheit nicht aufheben will — dann wird schon werden. Aber das will ja das Zentrum garnicht, das mit dem Jesuitengeetz immer wieder die katholischen Arbeitermassen in Ekstase und religiöse Entrüstung versetzt, wenn diese Wählermassen unsicher werden und kritisch über das Zentrum und seine Schwabelpolitik nachzudenken anfangen. Das wurde dem Zentrum bereits im Reichstage deutlich von sozialdemokratischer Seite gesagt und damit ein dritter Strich durch seine demagogische Rechnung gemacht. Will es sich nicht weiter lächerlich machen, muß es bald etwas Ernstliches zur Beseitigung des Jesuitengeetzes tun, sonst wird man es mit dem Jesuitengeetz nur noch — u z e n .

Weiter wurde dem Zentrum vorgeworfen, daß es mit dieser Entrüstungskomödie eine Vernachlässigung seiner Pflicht beging, die innere Politik des Jahres, die besonders den Arbeitern nachteilig ist, zu besprechen und zu kritisieren. Das ist eine Vernachlässigung, ja, Preisgebung der Arbeiter an der Jesuitenwillen, die doch wahrlich nicht das Mindeste von dem zu ertragen und zu erdulden haben, was die von den herrschenden Klassen ausgebeuteten und mißhandelten Arbeiter leiden. Und da gibt das Zentrum vor, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen! An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Man wird noch weiter über diese demagogisch-kerkliche Komödie zu reden haben.

Demg; auch über die innere Politik der herrschenden Klassen soll allein die Sozialdemokratie im Reichstage zu Bericht, und ihr Spruch laute: Gewogen und zu leicht befunden!

Rundschau.

Das Volksschulgesetz im sächsischen Landtag. Am Dienstag wurde die Beratung des Volksschulgesetzes im sächsischen Landtage zu Ende geführt. Angenommen sind: Schulgesetze, Allgemeine Volksschule, Herabsetzung der Klassenfrequenz, obligatorischer Mädchen-Vorbereitungsschulunterricht, geringe Einschränkung der geistlichen Aufsicht des Religionsunterrichts, ferner Nichtbeteiligung der Dissidentenkinder am Religionsunterricht. Der Religionsunterricht wird nicht nach dem Buchstaben des Bekenntnisses, sondern nach einer freieren religiösen Auffassung (Zwickauer Theesen) erteilt. Die sozialdemokratische Fraktion konnte nach diesem Ausgang für das Gesetz stimmen. Es fand eine namentliche Abstimmung statt. Mit 61 gegen 28 Stimmen wurde das Schulgesetz mit den Beschlüssen der Zwischendeputation und den entsprechenden Änderungen angenommen. Dagegen stimmten die Konservativen, dafür die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen. Es beginnt nunmehr das Vereinigungsverfahren mit der Ersten Kammer.

Ferner wurde im sächsischen Landtag ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der folgenden Wortlaut hat: „Die Kammer wolle beschließen, die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, zur systematischen Bekämpfung der Berufskrankheiten und zur ärztlichen Ueberwachung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen einen Landesgewerbearzt anzustellen.“ Redner aller Parteien erklärten sich für den Antrag.

Das Petroleummonopol und die Angestellten. Eine in Berlin abgehaltene Versammlung der im Petroleumhandel beschäftigten Angestellten nahm zur Frage der Wahrung ihrer Interessen bei der Durchführung des Petroleummonopols eine Entschlieung an, nach welcher in der jetzigen Fassung des § 11 des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Leuchtölen keine befriedigende Lösung der Entschädigungsfrage erblickt werden kann. Die Versammlung stellte die folgenden allgemeinen Forderungen auf: Bei den bevorstehenden Beratungen der gesetzgebenden Korporationen über die Entschädigungsfrage der Angestellten, sind auch Sachverständige aus den Kreisen der beteiligten Angestellten der bestehenden drei Interessengruppen heranzuziehen. Die Abfindung muß auf alle Angestellten im Petroleumhandel, auch auf die Agenten und die festangestellten Arbeiter sowie auf die in den sogenannten Rannengeschäften tätigen ausgedehnt werden. Die jetzt im Petroleumgroßhandel üblichen Arbeitsbedingungen, achtstündige Arbeitszeit, volle Sonntagsruhe, Früh Schlaf am Sonnabend um 2 Uhr, Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen, Urlaub von mindestens 14 Tagen, bei besseren Stellungen drei bis fünf Wochen, Gehaltstarif mit festen Zulagen, mit dem Gehalt steigende Gratifikationen, bei Verletzungen Gewährung der Umzugskosten und Mietsentschädigungen, sollen auch für die neue Vertriebsgesellschaft gelten. Soweit sich infolge des Petroleummonopols Betriebsbeschränkungen in anderen Abteilungen der betreffenden Geschäftsbetriebe als notwendig erweisen, sollen die Angestellten nach gleichen Grundsätzen wie die Angestellten des Petroleumhandels, laut § 11, entschädigungsberberechtigt sein. — Der zweite Teil der Entschlieung geht dann auf eine ganze Reihe genau bestimmter Einzelsforderungen ein, deren Berücksichtigung von den Beteiligten erwartet wird.

Steuern als Mittel gegen die Arbeiterbewegung. Auf einen genialen Einfall sind die Stadtverordneten von Bochum gekommen. Sie wollen die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft und insbesondere die proletarische Jugendbewegung tot besteuern. Die Luftbarkeitsbesteuerung ist von ihnen zu einem kleinen Ausnahmegeetz gegen die Arbeiterklasse gemacht worden. Während bisher alle Veranstaltungen, die wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken dienen, von der Steuerpflicht befreit waren, unterliegen sie hinfort einer empfindlichen Steuer. Die Ermäßigung oder gänzliche Freistellung ist in das Ermessen des Magistrats gestellt. Grundsätzlich von der Steuer befreit bleiben Veranstaltungen aus Anlaß des Geburtstages Wilhelms II. und „anderer allgemeiner Gedenktage“. Ebenso alle Veranstaltungen, die dem Zwecke der Jugendpflege „im Rahmen des Erlasses des Unterrichtsministers vom 18. Januar 1911“ dienen, Kirchenkonzerte, sowie Veranstaltungen, die einen ausgesprochenen kirchlichen Charakter tragen. Auf Antrag des Zentrums wurden Veranstaltungen der katholischen Geseilschaften, soweit sie sich mit Jugendpflege befassen, denen im Rahmen des erwähnten Erlasses gleichgestellt.

Das ist deutlich! Alle Veranstaltungen, die den bürgerlichen Jugendfang, dem „Patriotismus“ und der Kirche dienen, sind steuerfrei; alle jene, die zur klassenbewußten Arbeiterbewegung auch nur entfernte Beziehung haben, werden besteuert.

Keine tariflichen Löhne bei Staatsbanten. Ueber die Frage, ob bei städtischen und staatlichen Arbeiten, die von den bremischen Behörden an Privatunternehmer vergeben werden, tarifliche Löhne gezahlt und die tarifliche Arbeitszeit eingehalten werden soll, hat die bremische Handelskammer ein Gutachten erstattet. Sie wendet sich entschieden gegen derartige Festlegungen. Denn: man dürfe die organisierte Arbeiterschaft nicht stärken! — Und Gewerbelammer wie Senat habe sich dieser Ansicht vollinhaltlich angeschlossen. Die Bürgerschaft in ihrer großen Mehrheit wird dasselbe tun. In dem liberalen Bremen ist nicht so viel sozialpolitische Erleuchtung vorhanden, wie in manchen preussischen Kommunen, wo die Vergabung von Gemeinbearbeiten von der Verpflichtung tarifmäßiger Arbeitsbedingungen abhängt.

Der Papst ist mit den deutschen Bischöfen zufrieden. Die „Acta Apostolicae Sedis“ veröffentlichten einen Brief des Papstes an den Kardinal Rupp, worin er den deutschen Bischöfen seine Genehmigung ausdrückt über die Ergebenheit, mit der sie die Enzyklika über die christlichen Gewerkschaften angenommen haben. Obgleich die Bischöfe den Papst

warn, daß am Konstantinse alle Katholiken ermahnt werden möchten, die Freiheit der Kirche anzustreben.

Die päpstliche Enzyklika und die preussische Regierung. Aus guter Quelle will die „Frankfurter Zeitung“ erfahren haben, daß der Reichskanzler am 27. November einem Führer der Zentrumsfraktion des Reichstages erklärt habe, die päpstliche Enzyklika über die Gewerkschaften sei das Letzte, was sich die preussische Regierung an Eingriffen in die Rechte des Staats und in die Selbständigkeit der interkonfessionellen Arbeiterorganisationen habe bieten lassen. Sollte wieder derartige Vorkommen, so werde sie unbedingt die diplomatischen Beziehungen zur Kurie einstellen.

Die Drohung wird vermutlich nicht allzuviel Schrecken bei den Herren zu Rom erregen. Solche nachträglichen Mutaussprüche machen nur einen komischen Eindruck. Rom weiß zudem sehr gut, daß die Regierung, die den blau-schwarzen Kurs steuert, das Zentrum braucht, und da das Zentrum gegen Rom nicht Opposition machen darf, wenn es sich nicht selbst zerstören will, so darf auch die Regierung mit Rom nicht anbinden. Plus und seine Staatsmänner berechnen kühl, wie oft die Herren zu Berlin noch erklären werden, daß es nun aber das letzte Mal ist, da sie sich die Uebergriffe Roms gefallen lassen, daß sie beim nächsten Fall ganz gewiß den Mut zu energischem Widerstande finden werden.

Bemerkenswert ist aber die Sache vor allem, weil sie bezeugt, wie sehr die Regierung, wie sehr die herrschende Klasse die Judasdienste schätzt, die die christlichen Gewerkschaften der Arbeiterschaft leisten. Offiziös wird zwar jetzt abgeleugnet, daß die preussische Regierung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht habe, aber es wird zugegeben, daß eine Aussprache mit Zentrumsführern erfolgt sei. Das ändert nichts am Wesen der Sache.

Ein Arbeiter darf nicht krank und alt werden. An den verschiedenen Wachtstationen im Hafen, die von dem Verein der Ewerführerbaase schon vor Jahren errichtet sind, werden die dort angestellten Wächter, die sich zum größten Teil aus dem Stamm der Ewerführer rekrutieren, mittlerweile alt, und da sie ständig im Wind und Wetter auf den Fahrzeugen sind, stellen sich bei ihnen auch Rheumatismus und sonstige Erkrankungsfälle ein. Dem aussichtsführenden Beamten dieser Wachtschiffe scheint es nun nicht zu passen, wenn diese Leute krank werden. Jedenfalls sagt er sich, für die alten Knochen kannst du jüngere bekommen, und nun stellte er den Angestellten folgendes Schreiben zu, das wir in seiner ganzen Schönheit zum Abdruck bringen. Es lautet:

Mitteilung
vom Verein der Hamburg-Altonaer
Ewerführerbaase von 1874, e. B.
(Abteilung Wachtschiffstationen)
Hamburg, 29. November 1912.
Elbhof, III. Stock.

Da das Kranksein unserer Wächter in letzter Zeit zu oft vorkommt, so auch jetzt wieder drei Wächter, sehen wir uns genötigt, Ersatzleute dafür anzustellen und event. in Arbeit zu behalten. Die öfter krank gewordenen Wächter müssen dann warten, bis wieder event. ein Platz frei wird.
Verein der Hamburg-Altonaer Ewerführerbaase von 1874, e. B. (Abteilung Wachtschiffstationen.)
Wilhelm Schroeder.

Tropalbedem ist aber, wie Wilhelm II. sagt, für jeden Arbeiter bis ins hohe Alter gesorgt.

Aus tiefer Not schrei ich zu dir! Es ist jetzt eine böse Zeit für die christlichen Gewerkschaften; von allen Seiten regnet es Hiebe. Und vor allen Dingen hat die katholische Kirche ihren Angehörigen, soweit sie Arbeiter sind, die Hande fest angelegt, so daß die Führer der christlichen Gewerkschaften ihre liebe No haben, die Betreuen zu beruhigen und ihnen — frischen Sand in die Augen zu streuen. Zu diesem Zwecke haben sie den außerordentlichen Kongreß nach Essen einberufen und zu gleichem Zweck veröffentlicht sie den nachstehenden Aufruf:

Kolleginnen und Kollegen! Durch eine imposante Rundgebung hat ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß unsere Stellungnahme zu den grundsätzlichen Streitfragen wiederholt und unerrückbar festgelegt. Die Kongreßdelegierten haben in eurem Sinne das Gelöbniß der Treue und des brüderlichen Zusammenarbeitens der katholischen und evangelischen Mitglieder zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung unseres Standes noch einmal mit allem Nachdruck erneuert. Die Essener Tagung hat Klarheit und Sicherheit gebracht, die soziale Bedeutung und nationale Notwendigkeit unserer Bewegung deutlich dokumentiert. Klarer wie je liegen unsere Ziele und Aufgaben vor aller Öffentlichkeit.

Vorbei ist die Beunruhigung, die durch die jüngsten Ereignisse in unserer Bewegung hervorgerufen wurde. Vergebens war das Bemühen der Segner, Zerspaltung in unsere Reihen zu tragen. Zuschanden sind die Hoffnungen jener, die den Zerfall und das Ende der christlichen Gewerkschaften herbeisehnten. Einmütig zurückgewiesen ist der Versuch, durch hämische Anzweiflung unserer religiösen Ueberzeugung und kirchlichen Gesinnung die gewerkschaftliche Arbeit zu erschweren. Mochten auch Feinde ringsum stehen: sie haben wieder einmal vorbeispekuliert.

Nachdem der außerordentliche Kongreß erneut die unerschütterliche und feste Haltung der christlichen Gewerkschaften zu ihren alten bewährten Grundsätzen öffentlich präzisiert hat, nachdem durch die Rundgebung maßgebender kirchlicher Instanzen festgelegt ist, daß den katholischen Arbeitern die Mitgliedschaft und Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gestattet ist, und alle Befürchtungen wegen der zentralen Organisationsform und der Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften ausgeräumt sind, richten die auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß versammelten Delegierten an euch die dringende, herzliche Mahnung: Setzt nunmehr alle Bitterkeit und all'n Muthmut beiseite, tretet mit der festen Entschlossenheit und hegeistersten Arbeits-

der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, unter bestimmten Verhältnissen ganz bestimmte Faktoren entgegenstehen, so daß die Bewegung des öfteren gezwungen ist, einen gewissen Stillstand zu überwinden und erst wieder nach Verschwinden der behindernden Verhältnisse weiter vorwärts zu schreiten. Es erscheint deshalb notwendig, auch dieses Thema zu einer Zeit, die offenbar alle Anzeichen einer akuten Wirtschaftskrise äußert, des Näheren einzugehen.

Wir beobachten im modernen Gewerkschaftsleben, daß in den meisten Versammlungen, die sich mit einer Lohnbewegung oder der Frage der Kündigung des bestehenden Lohnvertrages befassen, die Mehrheit der Versammlung von einer gewissen Kampfstimmung erfüllt ist und unbedenklich in eine Bewegung oder — was damit gleichbedeutend ist — für die Kündigung des Tarifverhältnisses eintreten möchte. Man läßt sich dabei vom subjektiven Empfinden, vom Gefühl leiten, das aber bekanntlich ein schlechter Rechenmeister ist und sehr oft mit der Vernunft und fast immer mit der kühlen Erwägung auf dem Kriegsfuß steht. Das Gefühl argumentiert kurzerhand, daß die Zeiten immer verteuert werden und deshalb eine Lohn-erhöhung dringend geboten erscheint, folglich ist das Eintreten in eine Lohnbewegung nötig, berechtigt und zu beschließen.

Die Vernunft rechnet anders. Wohl erkennt auch sie die Notwendigkeit einer Lohnenerhöhung ohne weiteres an, sie läßt aber dieser Erkenntnis sofort die Frage folgen: Ist es möglich, unter den obwaltenden Organisations- und wirtschaftlichen Verhältnissen eine Lohnbewegung zu wagen und auch bei Anwendung des stärksten Mittels zur Verwirklichung dieses durchaus berechtigten Bestrebens, des Streiks, einen günstigen Erfolg zu erringen?

Diese verschiedenartigen Auffassungen haben schon oftmals in unseren Versammlungen die Klänge gekreuzt. Immer ist es dabei allerdings der Vernunft gelungen, über das Gefühl abzuhelfen. Wo das aber nicht geschah, da trugen die Arbeiter und ihre Organisation den größten Schaden und die bitterste Lehre davon. Ein Zurückgehen der Organisation und unnütze Kraft- und Geldvergeudungen waren die Folgen. Deshalb und um solche bittere Schicksale für die Zukunft möglichst zu vermeiden, seien hier in kurzen Worten die Gründe dargelegt, die für jeden organisierten Arbeiter maßgebend sein müssen bei der Entscheidung über die wichtige Frage einer Lohnbewegung.

Daß zur Führung eines Lohnkampfes eine Gewerkschaftsorganisation als Vorbedingung gehört, ist ohne weiteres einleuchtend. Die weitere Frage ist aber die, ob diese Organisation stark genug ist, einen Lohnkampf wagen zu können. Das ist oftmals nicht der Fall. Jedoch will der von seinem Gefühl geleitete ungestüme Vorwärtstreiber auch schon diese ebenso einfache als notwendige Vorbedingung einer Bewegung nicht gelten lassen. Er argumentiert, daß die einmal im Fluß befindliche Bewegung die noch fernstehende Masse mitreißen werde, und, wenn auch dies wenig aussichtsreich erscheint, dann wird die Vernunft und das „bessere Herz“ des Unternehmers ausgespielt. Der Mann müsse doch die Notwendigkeit einer Lohnenerhöhung einsehen und dementsprechend handeln, zumal hinter der gerechten Forderung der Arbeiter die Aussicht eines Streiks drohe, der schließlich das größere Uebel auch für den Unternehmer sei und diesen veranlassen werde, das kleinere Uebel zu wählen und nachzugeben.

Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Erfahrung lehrt, daß eine Lohnbewegung selten gelingt, wenn die Organisation der Arbeiter nicht eine festgefügte ist. Und an das „gute Herz“ des Unternehmers zu appellieren, verfehlt fast bei jeder Probe seinen Zweck. Ein Unternehmer mag in tausend Fällen von der Notwendigkeit einer Lohnenerhöhung überzeugt sein, er wird sie in neunhundertneunundneunzig Fällen doch nicht gewähren, denn die Profitgier ist bei ihm wohl stets stärker entwickelt als die Humanität. Der Arbeiter kann eben nur auf Erfolg rechnen, wenn der Unternehmer weiß, daß hinter der Arbeiters Forderung eine geschlossene Organisationsmacht steht, die im Ernstfalle auch in der Lage ist, die gewünschten Lohn- und Arbeitsverbesserungen mit der Waffe des Streiks durchzusetzen. Erst dann wird der Unternehmer sich zum Nachgeben veranlaßt fühlen.

Wir kennen nun aber auch Fälle, in denen die Arbeiter geschlossen und einmütig in einen Streik traten und ihn ebenso geschlossen führten, jedoch dennoch keinen Erfolg erraten konnten. Das ist schon des öfteren vorgekommen und beweist uns, daß dann die Arbeiterschaft bei Injanzierung der Bewegung einen anderen Faktor unbeachtet gelassen hat, der genau so wichtig ist, wie die geschlossene Organisation. Dieser Faktor heißt Geschäftskontinuität. Und in der Nichtbeachtung oder auch nur lässigen Prüfung dieses wichtigen Umstandes finden wir den Schlüssel zu einer langen Reihe von Niederlagen im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter. Die genaue Erforschung der Geschäftskontinuität ist eines der wichtigsten Erfordernisse jeder Lohnbewegung.

Diese Erfahrung, die der von seinen Gefühlen geleitete Draufgänger selten in Rechnung stellt, ist ungleich schwieriger, als die Feststellung der Schlagfertigkeit und Javalität der Organisation. Die Arbeiter kennen sich untereinander und sie wissen schon im Voraus recht gut zu unterscheiden, auf wem bei einem eventuellen Kampfe Verlaß ist oder nicht. Hiernächst zureichend können sie voraussetzen, wer wohl im Streit als Streikbrecher stehen bleibt und wer den Kampf mitmacht. Das Geratefeld läßt sich hier also schon im Voraus ziemlich sicher überschauen.

Anderes liegt es bei der Erforschung des Geschäftsganges. Der Unternehmer läßt keinen Arbeiter in seine Geschäftsbücher hineinsehen. Die Arbeiter sind darauf angewiesen, die Warenbestände und eventuell alle weiteren Aufträge zu lokieren. Bauarbeiter wieder müssen die in Aussicht stehenden Bauten zählen und die hierauf bezügliche Arbeit abschätzen. Das ist allerdings leichter. Schwieriger ist die Feststellung der zu erwartenden Aufträge in Fabriksbetrieben. Vor allem ist aber auch notwendig, den Geschäftsgang, und zwar nicht des einzelnen Ortes,

sondern möglichst des ganzen Landes zu erfassen und daraus die Möglichkeit der glücklichen Durchführung eines Lohnkampfes zu erforschen.

Hierzu stehen den Arbeitern verschiedene Quellen offen. In den Fachorganen werden laufend Artikel veröffentlicht über die Situation und Arbeitsgelegenheit im Verufe. Sie ergeben bei genauer Sichtung ein Bild der allgemeinen Geschäftslage. Am genauesten aber ist die Verbandszentrale unterrichtet. In ihr laufen die Fäden des Gewerks- und Organisationslebens zusammen, und sie am ersten kann ein Urteil über die allgemeine Lage im Gewerbe und dessen nächste Aussichten fällen. Wo also örtliche Zweifel vorhanden sind, da wende man sich an seine Verbandsleitung, deren stete Pflicht es ist, den Kollegen mit Rat und Tat helfend zur Seite zu stehen.

Nun stößt ja das letztere allerdings oft auf Schwierigkeiten. Viele Kollegen stehen auf dem ungerechten Standpunkt, daß die Verbandsleitung oftmals nur aus Gründen des sogenannten „Ruhebedürfnisses“ und aus krämerhafter Rücksicht auf die Verbandskasse von einem Kampfe abträte. Nichts verkehrter und schädlicher als das! Gerade die Organisationsleiter haben die Einsicht, daß der oberste Zweck der Gewerkschaftsbewegung die Verbesserung der Lebenslage der Mitglieder ist, und daß das Wachstum und Gedeihen des Verbandes von seinen wirtschaftlichen Erfolgen abhängt. Deshalb können sie sich auch nicht von Rücksichten auf die Verbandskasse leiten lassen, zumal deren Inhalt nicht ihr Eigentum und ihnen persönlich zugute kommt, sondern dem Verbandskasse gehört und zu dessen Nutzen zweckdienliche Verwendung finden soll. Die Differenzen zwischen Mitgliedern und Gewerkschaftsleitern beim Abwägen der Erfolgsmöglichkeiten einer Bewegung entstehen hauptsächlich deshalb, weil den Mitgliedern in vielen Fällen der Leberblick über die Gesamtlage des Gewerbes abgeht, weil sie eben ihrer Handarbeit nachgehen müssen und sich naturgemäß wenig darum kümmern können, während die Leitung eine ihrer Hauptaufgaben darin erblickt, die gesamte Gewerbelage zu erfassen und danach die Tätigkeit der Organisation einzurichten.

Deshalb sollten die Arbeiter ihrer Organisationsleitung stets das rechte Vertrauen entgegenbringen und deren Rat volle Beachtung schenken. Die Organisation wird dadurch vor Schaden und die Arbeiter werden vor herben Enttäuschungen bewahrt. Gemeinsames Arbeiten und gegenseitiges Vertrauen sind bei Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben unbedingt erforderlich. Ist das der Fall und kommt dann noch hinzu, daß die organisierten Arbeiter sich in das Wesen der Gewerkschaftsorganisation immer mehr vertiefen, und immer mehr erfassen lernen, daß zum wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse die volle Beachtung und das Studium aller wirtschaftlichen Voraussetzungen notwendig ist, und unter Außerachtlassung aller Gefühlsmomente bei allen Entscheidungen nur die kühle Vernunft und Erwägung ausschlaggebend sein muß, dann ist nicht nur viel, sondern alles gewonnen und die Organisation wird gedeihen und von Erfolg zu Erfolg schreiten, so daß jeder Klassen- und zielbewußte Arbeiter daran seine helle Freude haben wird!

Internationale Handelsbeziehungen und Gewerkschaften.

Ueber obiges Thema sprach in einer Versammlung des Gewerkschaftskartells in Dresden Genosse Kurt Eisner. Er führte etwa folgendes aus: Seine Betrachtungen seien ein bescheidener Beitrag zu der Frage der Handelsbeziehungen und der Stellung der Arbeiterklasse zu ihnen, eine erschöpfende Klärung dieses Themas übersteige die Macht eines Menschen. Der Vortrag sei ein Teil jener Bemühungen, die Gewerkschaften zu interessieren für ein Aktionsprogramm, für die Aufgabe, von unseren Grundrissen den Teil durchzusetzen, der unter den heutigen Verhältnissen möglich ist. Alle Gewerkschaften seien unmittelbar an dem Ausgang unserer Handelsbeziehungen interessiert. Welche Punkte unserer Handelspolitik sind es nun, die aus gewerkschaftlichem Interesse heraus unsere politische Partei in erster Linie stellen und durchzusetzen versuchen muß?

Freihandel oder Schutzzoll war die Frage in älterer Zeit und unsere Theoretiker (Marx und Engels) sprachen sich einmal für Schutzzoll, einmal für Freihandel aus. Ihre Stellungnahme wurde nicht diktiert von der Frage: Was ist für die Arbeiterklasse unter den bestehenden Verhältnissen am vorteilhaftesten, sondern sie leitete der Gesichtspunkt: Welches System, Freihandel oder Schutzzoll, trägt mehr zur Beschleunigung der sozialen Entwicklung, zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaft bei. So forderten sie zu gleicher Zeit für Deutschland mit seiner sich erst entwickelnden Industrie Schutzzölle, für das industrielle England Freihandel. Ihre Theorien waren von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Lebensfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft eine nicht lange wäre. Seitdem sind aber bald zwei Menschenalter vergangen und wir sehen, daß die kapitalistische Entwicklung immer noch besteht, fräftig und fest, und noch lange nicht am Ende ihrer Entwicklung angekommen ist. Und die größte kapitalistische Entfaltung ist nicht unter dem Freihandel, sondern unter dem Schutzzoll vor sich gegangen, denn die hochschutzzöllnerischen Länder Deutschland und Amerika haben sich am meisten entwickelt. (Der Vortragende gibt zum Beweis dieser interessanten statistische Aufschlüsse über den Anteil der Vereinigten Staaten an dem Handel und Reichtum der gesamten Welt.) Das Proletariat hat auf Grund dieser Entwicklung zu unsern Handelsfragen Stellung zu nehmen. Nicht mehr Schutzzoll oder Freihandel, sondern: Für das deutsche Proletariat unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen den größten Nutzen, müsse die Parole sein. Wir können uns dem Weltmarkt nicht entziehen, dessen Triebkraft der Profit, dessen Erfolg die Konkurrenzfähigkeit ist. Die Konkurrenzfähigkeit besteht aber letzten Endes aus dem Unterschied der Lebenshaltung, der Löhne und der kapitalistischen Entwicklung in den einzelnen Ländern. Dadurch entsteht die ungeheure Völkerveränderung der einzelnen Waren. Rohprodukte, Halbfabrikate, Fertigfabrikate werden ungleich teuer und her-

Die Entwicklung geht aber weiter: Nicht nur Ware, auch das Kapital, durch keine Zollschranken gebunden, wandert in alle Länder. Schutzzoll und Freihandel werden auf diese Art überwunden. Nicht mehr regellos wird produziert, Trusts, Kartelle, Syndikate verteilen die ganze Welt in ihre Absatzgebiete. Mit diesen Verhältnissen müsse die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung rechnen. Sie braucht eine blühende Industrie, hohe Löhne, niedrige Arbeitszeiten, soziale Schutzmaßnahmen und billige Lebensmittel, solange das kapitalistische System besteht. Der Konkurrenzkampf, basierend auf niedrigem Lohn und langer Arbeitszeit, müsse deshalb überwunden werden. Da Deutschland auf den Import von Lebensmitteln und den Export von Industrierzeugnissen angewiesen, sei der Freihandel für die große Masse der Arbeitenden das Nützlichste. Unsere Industrie wie unsere Landwirtschaft denken aber nicht daran, zum Freihandel überzugehen. Eine Mehrheit dafür findet sich nicht im Reichstage. Was wir deshalb, abgesehen von theoretischen Forderungen, heute erreichen können, um billige Lebensmittel zu bekommen, ist eine Herabsetzung der Brotzölle zu fordern, der Verschleuderung des Getreides durch das System der Einfuhrzölle entgegenzutreten und als wichtigste Forderung die Zollfreiheit aller Futtermittel, das bedeutet die Verbilligung des Fleisches, zu verlangen. Das alles sind Forderungen, die heute zu erreichen möglich sind, und uns wesentlichen Erleichterungen bringen. Auf dem Gebiete der Industriezölle ist es Aufgabe der Gewerkschaften, in ihren Branchen die Weltlage ihrer Industrien zu untersuchen, ob Zollschutz oder Zollfreiheit notwendig wäre, und diese Ergebnisse dann mit entsprechenden Anträgen der politischen Partei zu übergeben. Vor allem eins: Soll der Weltkampf nicht auf dem Rücken der Arbeiter ausgefochten werden, so müssen bei den Handelsverträgen in Zukunft nicht nur Vereinbarungen über die Zollhöhe stattfinden, sondern dabei auch über sozialpolitische Forderungen, über die Produktionsbedingungen, Lohn und Arbeitszeit usw., der einzelnen Länder Vereinbarungen angestrebt werden. Diese Gedanken, vorläufig utopistisch klingend, muß von den Gewerkschaften in energischer Weise propagiert werden. Australisch-neuseeländische Schutzzollpolitik hat den Gedanken bereits verwirklicht. Das dortige Schutzzollsystem schützt die Industrie vor Schmutzkonkurrenz, unterbindet die Kartellbildung, um im Inland die Preise in die Höhe zu treiben, entzieht demjenigen den Zollschutz, der Waren billiger an das Ausland liefert, schützt die Arbeiter, indem es bei Entzug des Zollschutzes vorschreibt, daß die Industrien die mit den Arbeitern aufgestellten Arbeitsbedingungen einhalten. In der Konzentration auf die Agitation für diese Ideen, daß Handelsverträge eine Art Welttarifverträge für die Industrien werden, müssen die Gewerkschaften versuchen, ihren Einfluß bei Neugestaltung der Handelsverträge geltend zu machen.

Aus den Handelskammerberichten für 1911.

III. **Sinan**
Wenn sich die im Jahre 1910 beginnende, günstige wirtschaftliche Gesamtentwicklung im Berichtsjahre fortsetzte und in einzelnen Branchen zu wesentlichen Produktionssteigerungen führte, so war hingegen die Geschäftslage der Zigarren-Industrie im Ganzen nicht gleich befriedigend. Bestimmungen, den geringen Nutzen durch erweiterte Produktion und größeren Absatz nach Möglichkeit weit zu machen, konnten nur den großen Betrieben einen gewissen Ausgleich schaffen, aber auch nur durch vermehrte Arbeitsleistung und unter erhöhtem Speisenaufwand. Die kleineren, minder kapitalkräftigen Betriebe haben unter geringer Verdienstmöglichkeit beträchtlich zu leiden, weil sie zu einem solchen Ausgleich nicht in der Lage sind. Wenn in unserm vorjährigen Berichte die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß die einschneidenden Veränderungen, welche die letzte finanzielle Mehrbelastung mit ihren wirtschaftlichen und technischen Folgeerscheinungen in der Tabakbranche hervorgerufen hätte, nur schwer und erst nach Jahren überwunden werden würden, so hat sich diese Befürchtung im abgelauteten Jahre jedenfalls noch als zutreffend erwiesen.
Was die Produktion anlangt, so dürfte besonders in den billigeren Preislagen mit Verminderung der Qualität und Abwanderung zur Zigarette ein weiterer Rückgang zu verzeichnen sein, da nicht nur das, seit der letzten steuerlichen Belastung erforderliche, wesentlich höhere Betriebskapital die Notwendigkeit auferlegte, die Produktion möglichst dem tatsächlichen Bedarf bezug. Absatz anzupassen, sondern auch deshalb, weil die allgemeine Lage des Roh- tabakmarktes — besonders was das Deckmaterial anbetrifft — nicht dazu veranlassen konnte, bei vorübergehender Störung des Absatzes größere Quantitäten fabrizierter Ware aus Lager zu stellen. Trotzdem, und zwar hauptsächlich wegen des ungünstigen Ausfalles der 1910er Sumatra-Ernte haben sich die Läger vielfeils in unerwünschtem Umfange angefüllt, allerdings in der Hauptsache mit ungangbaren, dunklen und fehlerhaften, welche nur schwer und mit erheblichem Preisnachlaß abzustufen sind. Der Rückgang der Produktion hat sich im Handelskammer-Bericht und in den angrenzenden Gebieten deutlich darin gezeigt, daß eine Anzahl von Haupt- und Filialbetrieben im Berichtsjahre eingestellt wurde. Wenn auch die Einfuhrziffern für Rohtabak im ganzen wieder eine Steigerung gegenüber 1910 zeigen, so sind doch solche kurzfristigen Vergleiche mit dem Vorbehalt zu benutzen, daß sie infolge der besonderen Verhältnisse in der Zigarren-Industrie kein richtiges Bild über deren gesamte wirtschaftliche Lage ergeben können.
Da, wie oben dargelegt, es ratam erschien, eine zu große Ausdehnung der Produktion zu vermeiden, so konnte innerhalb dieses Rahmens der Absatz befriedigen. Andere Umstände aber bereiteten ihm auch im Berichtsjahre wieder außerordentliche Schwierigkeiten. Zunächst muß wiederum auf die besondere Vorliebe des Publikums für helles Deckblatt hingewiesen werden, mit welcher der ungünstige Ausfall der 1910er Sumatra-Ernte in unvereinbarem Mißverhältnis stand. Trotz aller Bemühungen, bei den Rauchern die Ueberzeugung zu wecken, daß die Farbe der Zigarren in seiner Weise einer Rückschlus auf Güte und leichtere Verträglichkeit der Ware gestattet, dauert die Nachfrage nach hellen bezw. hellgelben Zigarren in unverminderter, wenn nicht verstärkter Weise fort, und man muß leider sagen, daß in vielen Fällen das Aussehen der Zigarren für deren Absatz weit wichtiger ist als die Güte der Qualität.
Für den Absatz erschwerend wirkte, in steigendem Maße ferner die zunehmende Konkurrenz der Zigarette, insbesondere auf Kosten der Massentonsums billiger Zigarren.
Im ganzen betrachtet wird man über die Gestaltung des Absatzes im Jahre 1911 sagen können, daß zu Anfang die Verhältnisse etwas günstiger erschienen, im weiteren Verlauf indessen ein Rückgang eintrat, und besonders das Herbst- und das Weihnachtsgeschäft zu wünschen übrig ließen. Infolge des ständigen Absatzes hat sich der Konkurrenzkampf auf das Höchste gesteigert und mehrfach zu umfangreichen Verkäufen unter Preis geführt, welche das volle Geschäft nicht unerheblich erschwerten.
Was Preisbildung und Rentabilität betrifft, so wärtigen Erntes- ergebnisse und finanzielle Belastung zusammen, die Verhältnisse

außerordentlich schwierig und gegen das Vordringen ungünstiger zu gestalten. Die Wirre des Sommers verurteilte eine so schlechte Inlandsernte, daß diese Tabake vorerst für die Zigarettenfabrikation kaum in Betracht kommen. Für Rohmaterial von ausländischen Einlagenfabriken verläßt sich die bereits vorhandene große Nachfrage daher, welche die Preise dieser billigen Sorten weiter übermäßig in die Höhe trieb, unterstützt durch den Wertzuwachs von 40 Prozent. In besonderer Maße zeigten eine steigende Tendenz auch die Preise für Sumatra-Tabake, welche nach wie vor als Deckblatt überwiegen in Betracht kommen. Wie oben schon angedeutet, hegt die Mehrzahl der Käufer immer noch den festen Glauben, daß hellfarbige Zigaretten die einzig bekömmlichen seien. Nun ist aber bekanntlich der Vorrat an solchem hellen Material gering, und die 1910er Sumatra-Ernte war mit 234 132 Ballen um fast 40 000 Ballen hinter der vorigen Ernte zurückgeblieben. Sie jezt gleich in der ersten Amsterdamer Einschreibung sehr hoch ein, weil sie anfänglich als besonders gut erachtet wurde, und außerdem die Käufer an gutem Deckmaterial bei der Mehrzahl der Fabrikanten verschwindend klein waren. Im weiteren Verlauf der Ernte zeigte sich indessen, daß die hohen Erwartungen in keiner Weise gerechtfertigt waren; denn außer einzelnen hervorragenden Partien war das Gros der Tabake außerordentlich gemischt und ergab bei der Fabrikation einen unbehaltendmäßig großen Ausschlag an buntem und unschönen Farben, welche von der Kundenschaft zurückgewiesen wurden. Die Preise, welche für hellfarbige Tabake angelegt wurden, stellten sich gegen die vorjährigen zum Teil um 50 bis 100 Prozent höher. Dabei ist es auch zu hohen Preisen den deutschen Zigarettenfabrikanten nicht immer möglich gewesen, das zu bekommen, was sie haben wollten, denn infolge unzulänglicher Bestände aus dem Vorjahre traten die Vereinigten Staaten von Amerika beim Einkauf von Sumatra-Deckblatt mit besonderer Energie auf, was von der deutschen Fabrikation um so störender empfunden wurde, als die Amerikaner wegen ihres außerordentlich hohen Gewichtes vorwiegend die geschäftlichsten leichtschidigen Deckblattfortierungen aus dem Marke nahmen, so daß die deutschen Käufer sich häufig mit den weniger geschätzten Stärkfortierungen begnügen mußten. Aber nicht nur Sumatras, sondern auch fast alle anderen ausländischen Tabake sind bedeutend teurer geworden. Augenscheinlich trägt hierzu der Umstand bei, daß die Westproduktion von Tabak dem Bedarf der Welt in der Weise nicht mehr zu genügen vermag, daß gemäß Angebot und Nachfrage eine der Beschaffenheit des Materials angemessene Preisnormierung stattfindet; vielmehr wurde infolge Mangel an Angebot auch solche Rohware zu steigenden Preisen verkauft, welche in mancher Hinsicht Mängel aufwies. Unverküht wird diese ungesunde Preisbildung vor allem auch durch das in Deutschland herrschende Wertesystem, welches, wie bereits früher dargelegt, eine außergewöhnliche Nachfrage nach billigerem Material gestattet hat, wodurch das vor dem Wertzuwachs herrschende Preisniveau ganz verschwunden ist. Unter solchen Umständen ist jede Kalkulation natürlich auf höchste Erschwernis und unsicher gemacht, und da es im allgemeinen unmöglich ist, einen entsprechenden Preisausschlag für das fertige Fabrikat zu erzielen, zeigte die Rentabilität einen bedauerlichen Rückgang.

Die Fabrikation von Rauchtabak vermochte den Umfang ihres Absatzes nur mit Mühe annähernd auf der Höhe des vorjährigen zu halten, und selbst zur Erzielung dieses Resultats bedurfte es besonderer Anstrengungen. Man muß leider mit der Tatsache rechnen, daß das Rauchen von Feinstabak in stetem Rückgang begriffen ist, einestheils weil die früheren guten Qualitäten zu den bisherigen Preisen nicht mehr geliefert werden können, woran sowohl die neue Wertsteuer als auch die steigenden Rohabakpreise schuld sind; sodann muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß selbst in ländlichen Kreisen, wo die Pfeife bis jetzt eingebürgert war, die Zigarette immer mehr Liebhaber findet. Dies weniger bei denjenigen Leuten, welche die Pfeife von jeher gewöhnt sind und nicht davon abgehen — und das sind die älteren — vielmehr nehmen namentlich die jungen Leute, also der Nachwuchs, die Pfeife nicht zur Hand, sondern bevorzugen die Zigarette.

Neue Konkurrenz ist in der Fabrikation nicht entstanden; hingegen geht die Rentabilität stark zurück, und zwar ganz besonders, weil die Rippen der Zigarettenabak unerküht im Preise gestiegen sind.

Wie bereits angedeutet, ist jede Sorte Rohabak, welche für die Fabrikation von Rauchtabak Verwendung findet, im Preise gestiegen, sei es inländischer oder ausländischer Herkunft. Bekanntlich hat die Ernte von deutschem Tabak durch das trockene und heiße Wetter, welches wir in diesem Jahre hatten, ganz außerordentlich gelitten, und dies kommt nicht allein in der Qualität, sondern auch in der Quantität zum Ausdruck. Es wird geschätzt, daß nur eine halbe Ernte heringebracht werden konnte, und die natürliche Folge davon ist, daß die Preise steigen. Und für diese höheren Preise ist nicht einmal vorteilhafte Qualität zu erhalten; denn der Tabak ist sehr schwer geworden, steht dadurch dem Fabrikanten noch teurer ein und kann vor zwei Jahren nicht verarbeitet werden, so daß zu dem Gewicht auch noch ein höherer Zinsverlust kommt als in normalen Jahren.

Infolge der knappen deutschen Ernte sind die für Rauchtabake verwendbaren überseeischen Tabake ebenfalls im Preise gestiegen, und zwar sowohl indische wie amerikanische. Letztere sind überdies an Qualität auch geringer als früher ausgefallen. Was Rippen speziell betrifft, von denen die aus deutschen Tabaken stammenden von kurzem noch mit 8 M bezahlt wurden, so stieg ihr Preis auf 20 bis 22 M, und überseeische Rippen, welche man früher gut und gern für 7 bis 8 M bekam, kosten jetzt zwischen 28 und 32 M. Solche Preise anzulegen muß man jedoch ernste Bedenken hegen, und darum hielt man sich sehr mit dem Einkauf zurück. Neben den Ernteverhältnissen werden diese abnorm hohen Notierungen hauptsächlich auf die neue Tabaksteuerung zurückgeführt. Die bedauerlichste Erscheinung aber ist, daß von einer entsprechenden Erhöhung der Verkaufspreise gar nicht gesprochen werden kann. Das Publikum sträubt sich vielmehr sehr entschieden gegen eine Mehrausgabe für den Rauchtabak, und so ergibt sich für den Fabrikanten eine äußerst schwierige Position und für diesen Zweck der Tabakindustrie unbedingt eine ungesunde Lage.

Die Kredit- und Zahlungsverhältnisse zeigten keine nennenswerten Änderungen; nur scheinen manche Zigarettengeschäfte noch unter den Nachwirkungen der Steuererhöhung mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zu beobachten war insbesondere, daß von dem in der Tabakbranche üblichen außerordentlichen langen, sechsmonatlichen offenen Ziel nach wie vor fast durchweg Gebrauch gemacht, in vielen Fällen darüber hinaus bis auf neun Monate und länger ausgebehrt wurde, und nur die größte Vorsicht in der Kreditgewährung kann vor Verlusten schützen.

Was die Arbeiter-Verhältnisse in der Branche anlangt, so besteht nach wie vor erhebliche Schwierigkeit in der Erzielung eines gewissen Nachwuchses von Arbeitern, besonders in Gegenden, wo sich Industrien ansiedeln, welche in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen, als es der Tabak-Industrie unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist. Die Arbeiterzahl hat sich infolge der geschätzten Schwierigkeiten in Produktion und Absatz u. S. in den meisten Betrieben eher vermindert als erhöht, günstigen Falles ist sie die gleiche geblieben. Die Löhne hielten sich im großen und ganzen auf gleicher Höhe bei langsam steigender Tendenz, und die Arbeitszeit wurde, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen voll eingehalten. Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sind uns im Berichtsjahr aus dem Handelskammerbezirk nicht bekannt geworden. Die für den größeren Teil derselben bestehende Arbeitgeber-Vereinigung hatte u. S. nur in einem einzigen Falle in einem benachbarten Bezirk Veranlassung, vermittelnd einzugreifen.

Höchst bezeichnend und zutreffend für die Gesamtlage der Tabakbranche scheint uns folgende Äußerung zu sein, die uns von sehr beachtenswerter Seite zugegangen ist und die wir nachdrücklich an dieser Stelle wiedergeben möchten:

Wenn je der Wunsch berechtigt war, daß dem deutschen Tabakgewerbe für längere Zeit die seiner Wiedererstarkung und Fortentwicklung absolut nötige Ruhe beschieden sein möge, so ist dies gegenwärtig der Fall. Deshalb möchten wir zum Schluß unserer Darlegungen den lebhaftesten Wunsch aussprechen, daß die in den letzten Jahren immer wiederkehrenden Beunruhigungen durch steuerliche Belastungen nunmehr für eine Reihe von Jahren vermindert werden.

Die Tabakindustrie im Orient.

In einer Schilderung der Einwirkung des Industriekapitals auf die Entwicklung der Staatsverhältnisse in der Türkei schreibt Genosse Parvus über die Bedeutung der Tabakindustrie im Orient folgendes:

„Wie die Staatsschuld, so sind auch die Eisenbahnen in der Türkei für die europäische Hochfinanz zu einem Mittel sehr intensiver indirekter Ausbeutung der Volksmassen geworden. Der Staat gewährt Garantien, und das Volk muß die Gulden durch Steuern aufbringen. Daneben hat es aber im Orient an den Reihobden der direkten Ausbeutung niemals gefehlt. Das sind ja die Länder, die den Handel wie die städtische Kultur zuerst entwickelt hatten. Die Ausbeutungsmethoden waren von hier aus nach Mitteleuropa übertragen worden, wurden dort weiter entwickelt, bis sie schließlich in der kapitalistischen Industrie ihre Vervollkommnung erreicht haben. In dieser vervollkommenen Form greifen sie dann wieder von Westeuropa nach dem Orient hinüber.

Das kommerzielle und industrielle Kapital, das sich in der Türkei betätigt, tritt uns von vornherein durch starke Konzentrationen entgegen.

Da ist in erster Linie die Tabakregie zu nennen. Sie stellt eine Verbindung zwischen dem Staat, der Hochfinanz und dem industriellen Kapital dar. Es ist das ein Staatsmonopol, das an eine Privatgesellschaft verpachtet ist. Die Tabakregie hat das ausschließliche Recht des Verkaufs von Tabak und Tabakfabrikaten für den inländischen Konsum im Gebiete des Osmanischen Reiches. Der Verkauf für den Export ist frei. Der Tabakanbau ist frei, steht aber unter scharfer Kontrolle der Tabakregie, von der er auch wirtschaftlich abhängt. Die Regie diktiert die Preise sowohl dem Tabakbauer wie dem Tabakkonsumenten, und da sie der einzige Unternehmer der gesamten Tabakindustrie ist, so diktiert sie auch die Löhne den Tabakarbeitern. Aus dieser dreifachen Quelle schöpft sie ihren Profit. Die dreifache Ausbeutung bedeutet aber eine doppelte Einschränkung: Einschränkung des Tabakbaues und Einschränkung des Konsums. Es herrscht deshalb im Volke eine starke Erbitterung gegen die Tabakregie, die zweifellos zu einem Hindernis der Entwicklung der türkischen Tabakkultur geworden ist. Das Parlament war ebenfalls fast durchweg gegen die Regie gesinnt. Die Konzession läuft im Jahre 1913 ab. Es war unter diesen Umständen nicht daran zu denken, daß sich eine Parlamentsmehrheit für die Erneuerung des Vertrages finden würde. Doch die Tabakregie hängt, wie wir wissen, eng zusammen mit der Osmanischen Bank und der Finanzgruppe. Man geht deshalb kaum fehl, wenn man zu den geheimen Triebfedern, die zum Sturz des jungtürkischen Regimes beigetragen hatte, auch die Tabakregie mitrechnet.

Da die Tabakausfuhr frei ist, so hat sich mit der Zeit ein bedeutendes Exportgeschäft in Tabak entwickelt. Dieses gerät aber immer mehr unter den Einfluß einer ausländischen Kapitalistengruppe, nämlich des amerikanischen Tabaktrusts. Andererseits haben sich die einheimischen Großhändler zu einem Kartell zusammengeschlossen, das den doppelten Zweck verfolgt: erstens die Löhne der Tabakfortierer zu drücken, zweitens die Tabakleinändler zu verdrängen. Die Bewegung scheint vom Tabaktrust gefördert zu werden, der mit Hilfe des Kartells leichter zur Beherrschung des Marktes gelangen würde.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Die Politik des Möglichen. Die „christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung“ schreibt in einem Aufsatz, den sie „Nachwort zum Essener Kongreß“ nennt, in ihrer bekannten Bräherlei folgenden Satz: „Gerade das hat der christlichen Arbeiterbewegung so großen Einfluß verschafft, daß sie im Gegenatz zur sozialdemokratischen Kinderstubenpolitik, die von vornherein zur Einflußlosigkeit und zum Mißerfolg verurteilt, eine Politik des Möglichen treibt.“ Ausgerechnet die „christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung muß von Einflußlosigkeit und Mißerfolg bei uns reden! Wir müssen nach der Ausdrucksweise dieses Organs nämlich annehmen, daß es mit der „sozialdemokratischen Kinderstubenpolitik“ auch die Grundsätze und Taktik unseres Verbandes meint, da es ja immer vom „sozialdemokratischen“ und „roten“ Verband uns gegenüber schreibt. Also lassen wir es einmal gelten. Dann möchten wir aber wirklich gern wissen, worin denn der Einfluß und der Erfolg des „christlichen“ Tabakarbeiter-Verbandes besteht! Vielleicht darin, daß auf ihren Kongressen allerlei Leute von „Rang und Stand“ zusammen mit Unternehmern usw. sich gnädigst einzufinden geruhen? Vielleicht darin, daß die Reichsregierung sich bereit, einem „christlichen“ Kongreß eine Mitteilung zu machen? (Das christliche Organ prokt nämlich deshalb mit der Bedeutung und dem großen Ansehen der „christlichen“ Organisationen.) Vielleicht soll es auch ein Erfolg sein, wenn die Unternehmer die „Christen“ mehr und mehr als mit den Gelben gleichstehend betrachten? Oder ist gar der Mitgliedschaft und ein Beweis für den Erfolg? Wenn wir von Einfluß und Erfolg sprechen, so geschieht es in dem Gedanken: Was haben wir für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen geleistet! Und da bitten wir, einmal die Resultate des „christlichen“ Tabakarbeiter-Verbandes mit den unserigen zu vergleichen. Die Rubrik im Tabak-Arbeiter, die den Titel trägt: „Bewegungen im Beruf“, ist für unseren Verband und seine Leistungen eine Ehrenkassette! Und nun heron, ihr „Christen“ allgütig, was habt ihr Vergleichbares aufzuweisen? Arm-seliges, aufgepuztes Gesülter ist es, wenn ihr in euren Jahresberichten von euren Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen redet! In den meisten Bewegungen und damit auch zu den meisten seiner wertigen Verbesserungen wäre der „christliche“ Verband noch nicht einmal gekommen, wenn unsere Organe

fakton nicht zum Formarsch geduldet hätten. Und wie widerwillig ist meistens der „christliche“ Verband mitgegangen, ja nicht selten hat er die Chancen eines Sieges gar verborgen, oder hat sich uns offen entgegengestellt, den Unternehmern zur Freude! Wo hat denn der christliche Verband bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seinen Einfluß, seine Erfolge aufzuweisen? Von schönen Reden von Regierungsvertretern, von Unternehmerfreunden und sonstigen hochmütigen Herren werden die armen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen nicht satt, und wenn der „christliche“ Verband danach seinen Erfolg bemißt, werden seine Mitglieder noch recht lange hungern müssen. Kampf ist heute nötig, wenn man sich das Fell nicht über die Ohren ziehen lassen will; und die deutsche Tabakarbeiterchaft wäre weiter, wenn die „Christen“ nicht als Organisationszersplitterer gekommen wären und obendrein den Fabrikanten gegenüber eine so unennbar klägliche Rolle spielen würden. Die Politik des Möglichen ist für uns: Verbesserung der Lage der Tabakarbeiterchaft! Gern lassen wir neben Unparteiischen entscheiden, ob wir oder der „christliche“ Tabakarbeiter-Verband bei dieser Politik den größten Erfolg ermöglicht haben.

Von der Tabakindustrie Argentiniens wird in einem von Schmidt und Dr. Grotewold herausgegebenen Buche gesagt: „Alle Sorten Tabak sind in Argentinien anbaufähig. Da die Argentinier starke Raucher sind, so haben sowohl der Anbau als auch die Verarbeitung des Tabaks große Bedeutung erlangen können. Nach Angaben der Steuerverwaltung gibt es ungefähr 10 000 Tabakpflanzler, die sich auf die Provinzen Salta, Tucuman, Corrientes und die Nationalterritorien des Chaco und Misiones verteilen; es bestehen 1939 Tabakfabriken mit 16,2 Millionen Mark Kapital, 61,6 Millionen Mark Umsatz, 23,7 Millionen Mark Rohstoffverbrauch, 642 Arbeiterstätten und 414 Arbeitern. Sie verarbeiteten im letzten Jahre 11,5 Millionen Kilogramm Tabak, von denen ungefähr die Hälfte im Lande geerntet wird. Die Fabriken stellten beinahe 250 Millionen Pakete Zigaretten (à 20 Stück), 146 Millionen Zigaretten und 220 000 Kilogramm Tabak in Paketen her. Es wurden von den Fabriken 38,5 Millionen Mark innere Steuern bezahlt, was einer Zunahme von fast 13 Millionen Mark im Vergleich zu 1905 gleichkommt. Der Kleinverkaufswert der im Jahre 1910 verbrauchten Tabakwaren betrug 149,6 Millionen Mark, also ungefähr 21,40 M auf den Kopf der Bevölkerung entsprechend den hohen Preisen für Tabakfabrikate, die infolge der hohen Steuern in Argentinien herrschen.“

Zigarettenindustrie in China. Vor etwa zwei Jahren wurde in Tjingtau eine Zigarettenfabrik errichtet, die jedoch nur unbedeutend blieb, da die Chinesen von der Zigarette nichts wissen wollten, andererseits ihnen auch wohl die hergestellte Qualität nicht behagen mochte. In letzter Zeit hat sich der Absatz jedoch gebessert. Ob sich die Industrie in China einbürgern wird, kann vorläufig noch nicht behauptet werden. Es hängt davon ab, ob die Zigarette überhaupt ein begehrter Artikel in China wird. Sollte es aber der Fall werden, so dürfte die Zigarettenindustrie dort bald zu großer Bedeutung gelangen, zumal behauptet wird, daß das Land zum Anbau der verschiedensten Tabaksorten sehr geeignet ist. Schon heute wird in China Tabak gebaut, der freilich für die Zigarettenindustrie in Europa nicht verwendbar ist und bei uns, soweit er gekauft wird, fast ausnahmslos als Schneidegut verbraucht wird.

Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnisnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachfragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

Hamburg. Die Firma Bremer Zigarettenfabriken vorm. Biermann u. Schörling (Sitz Bremen) erhöhte den Lohn der Sortierer für Zehntellose um 10 %, für Zehntel, gebündelt um 5 % pro Mille; für Zwanzigstel bei 27 Sorten um 5 %, bei 6 Sorten, um 10 % pro Mille. Der Wochenlohn für Verkäuferinnen und Fertigmacherinnen wurde um 1 M. erhöht.

Mit der Firma Rich. Breustedt konnte ein Lohnvertrag abgeschlossen werden. Dabei wurde der Lohn bei 4 Sorten nach dem Hamburger Tarif, Minimallohn 11 M. bei freier Zurichtung, festgesetzt.

Altona. Ein Lohnvertrag konnte auch mit der Firma E. Albers abgeschlossen werden. Bei 2 Sorten wurde der Lohn auf 11 M. bei Lieferung freier Zurichtung erhöht.

Groß-Bodden bei Oldesloe. Bei der Firma J. u. E. H. lers hatten die Arbeiter Forderungen gestellt. Die Firma erhöhte den Lohn bei 2 Sorten um 1 M. pro Mille. Außerdem wurden für einige Sorten besseres Material, sowie genügend Zurichtung und Abschaffung einiger Mißstände in Aussicht gestellt.

Berlin a. d. Havel. Bei der Firma Leopold Engelhardt u. Biermann, Sitz Bremen, hatten die Arbeiter Forderungen gestellt. Die Firma bewilligte den Zigarettenarbeitern auf 5 Sorten 50 %, auf 13 Sorten 1 M. und auf 2 Sorten 1,50 M. pro Mille. Den Sortierern wurde der Lohn für alle Sorten und Packungen um 10 % pro Mille erhöht.

Brandenburg. Bei der Firma M. Hansen jun., Sitz Hadersleben, waren Arbeiter wegen Lohnhöhung vorfällig geworden. Die Firma erhöhte den Anfangslohn der Rauchtabak-Sortierinnen um 10 % pro Tag und überlo den Höchstlohn um 10 % pro Tag. Der Anfangstageslohn beträgt nunmehr 1,30 und der Höchsttagelohn 2,00 M. Die Wartezeit bis zum Höchstlohn wurde von 13 auf 4 Wochen herabgesetzt. Der Höchstlohn wird danach in 4 Wochen erreicht.

Brandenburg i. S. Durch einen Tarifvertrag mit der Firma W. W. a. p. u. S. o. h. n. ist es gelungen, die Löhne von 1,00 M. auf 1,40 M. und 1,20 M. pro Mille zu

schden. Diese Wöhne verstehen sich bei entrippter und getrockneter Einlage. Das Umblatt wird trocken und das Deckblatt mit der Rippe aufgesetzt geliefert. In dem Falle, wo das Deckblatt auch trocken geliefert wird, wird eine Entschädigung von 80 A pro Mille dafür bezahlt. Warendorf (Westf.). Die Firma August Schwaerbrock hat durch Verhandlung mit dem Gauleiter die Rändigung gegen die Arbeiter zurückgenommen. Die Differenzen sind damit erledigt.

Leipzig. Die Firma Apel u. Brunner will mit ihren ausländigen Sortierern keinen Frieden haben. Sie bittete ihnen so rücksichtslose Bedingungen bei den Unterhandlungen, die ohne weiteres abgelehnt werden mußten. Es wurde gesagt: mit Hilfe der Arbeitswilligen (Mädchen) werden die Geschäfte erledigt und Sortierer nicht gebraucht. Trotzdem sucht die Firma Sortierer und hat auch mehrere engagiert. Mit den Arbeitswilligen scheint man doch nicht auskommen zu können.

Wir ersuchen deswegen die Sortierer, Angebote der Firma ohne weiteres zurückzuweisen, aber der Verwaltung davon Mitteilung machen zu wollen. Uebst Solidarität.

Cottbus (Prov. Brandenburg). Der Streik bei den Firmen E. M. Bemann, B. Segal, Gebr. Stoy dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Bünde-Emigloh. Der Streik bei der Firma Carl Wellensieck & Comp. dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Wintersdorf (S.-A.). Der Abwehrstreik bei der Firma W. Schlenzig dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Saabe. Der Streik bei der Firma G. Schulze ist für beendet erklärt. Der Betrieb ist aber nach wie vor gesperrt.

Berichte.

Dresden. Am 7. Dezember tagte hier eine Mitglieder-Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Kerl Bericht vom Gewerkschaftsstatistik. Eine Debatte entspann sich nicht; mit der Haltung der Delegierten war die Verammlung einverstanden. Punkt 2 der Tagesordnung ergab die Wiederwahl der bisherigen Kartelldelegierten. Beim 3. Punkt, Sortierereingelehenheit, schildert Kollege Schwoboda die Differenz bei der Firma Walter. Aus Dresden waren die Kollegen Nobis und Bernhardt erschienen; aus den Verhandlungen, die diese beiden Kollegen mit der Firma führten, habe sich ergeben, daß Verhältnisse bestehen, die auf die Dauer unhaltbar wären. Der Vorwurf, den die Firma dem Kollegen Schwoboda mache, er habe nicht genügend geleistet, sei unangehörig, denn nach den zu leistenden Nebenarbeiten konnte er gar nicht mehr fertigstellen. Die Firma könne neue aber billigere Arbeitskräfte haben zu wollen. Dann wird von mehreren Kollegen dem Dresdener Sortierereingelehenheitskomitee vorgebracht, wogegen sich Nobis verteidigt. In der weiteren Debatte läßt sich die Sache und wird schließlich das Verhalten des Arbeitsschlichters als richtig anerkannt. Zu Vorstandsmitgliedern in der Ortskrankenkasse werden Franz Kerl und Frau Heilmann vorgeschlagen. Schließlich werden die dem Verbands nach Fernstehenden aufgefordert, doch endlich an die Verbesserung ihrer Lage zu denken und dem Verbands beizutreten.

Waldbühnen. Die letzte Versammlung war schlecht besucht. Die Klauheit sollte doch einmal ein Ende nehmen, denn gerade die Waldheimertabalarbeiter haben es bei ihren Hungerlöhnen nötig, die Versammlungen besser zu besuchen, um zu betonen, wie sich ihre Lage bessern läßt. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme ergab 3008,63 A, die Ausgabe 2650,92 A, so daß ein Kasseeinstand von 357,71 A verbleibt. Der Mitgliederbestand ist 471, davon männliche 118, weibliche 353. Der Bestand der Lotallasse beträgt 449,33 A. Die Revisoren berichten, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung vorgefunden wurden. Rasch berichtet vom Bildungsausschuß. Demnach findet am 1. Dezember im Schützenhaus ein Lichtbildervortrag statt; im Januar soll ein Konzert abgehalten werden und im Februar ein Winterabend; Der Besuch dieser Veranstaltungen ist dringend erwünscht. In die Jugendkommission wurde Kollege Ernst Naumann gewählt. Kollege Rasch referierte über die Volksversicherung und verlas hierzu einen recht interessanten Artikel aus dem „Korrespondenzblatt“. Für die Gewerkschaftsbibliothek werden 15 A bewilligt. Das Verhalten der Kollegen, die in den bürgerlichen Vereinen und bei der freiwilligen Feuerwehr sind, wurde stark gerügt. Nächste Versammlung Sonnabend, den 7. Dezember.

Eingegangene Literatur.

Der Arbeitsvertrag. Führer durch das gewerbliche Arbeitsverhältnis der Arbeiter von R. Wisell. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Die gesetzlichen

Vorschriften, die den Arbeitsvertrag regeln, sind für den Arbeiter von eminenter Bedeutung. Ihre Unkenntnis zieht vielfach großen Schaden nach sich. Es ist daher um so bedauerlicher, daß eine ganze Reihe von Gesetzen dabei in Betracht kommen, durch die der einzelne Arbeiter sich gar nicht hindurcharbeiten kann, zumal die Gesetzgebung ständig in Fluß ist. Eine gedrängte und dabei leicht verständliche Erläuterung der gesetzlichen Bestimmungen ist daher ein Bedürfnis. Dem kommt der vom „Vorwärts“ herausgegebene Führer, der jetzt vorliegt, vollst. entgegen. Alle den Arbeitsvertrag betreffenden Vorschriften sind unterläufig geblieben sind und eine Reihe von Formulare, die bei Eingaben an Behörden und Gerichte als Muster dienen können, findet der Ratuchende in dem kleinen, billigen Buch alles was er braucht, so daß er in Verbindung mit dem Führer durch das Gewerbe- und Kaufmannsgericht sich in all den Fällen, die nicht besonders schwierig liegen, selbst helfen kann. Der Preis des Büchleins beträgt 30 A. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Schutz der Arbeitswilligen! Unter diesem Schlagtruf sind die Scharmacher seit langem am Werke, um Regierung und Reichstag zu einer Beschränkung des Koalitionsrechts aufzuspornen. Erst kürzlich ist bekannt geworden, daß im preussischen Justizministerium sämtliche „Streitprozesse“ eingefordert werden, um Material für eine zweite Auflage des Buchs herauszugeben zu erhalten. Die systematische Bearbeitung der Defensivkräfte durch die Nachrichtenbüros der Industriellenverbände macht es zur unabwendbaren Pflicht aller derer, denen es an der Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des Koalitionsrechts der Arbeiter gelegen ist, den Ministern mit wirksamen Waffen entgegenzutreten. Gerade zur rechten Zeit erscheint jetzt im Verlag von W. Pfannkuch & Co. in Magdeburg eine umfassende Sammlung von „Terrorismus“-fällen aller Art, die von bürgerlichen Interessentverbänden, Syndikaten, Kartellen, Metzgerverbänden usw. gegen die Arbeiter, aber auch gegen die eigenen Klassenangehörigen verübt worden sind. Die Sammlung trägt den Titel „Terror. Dokumente über Terrorismus und Verurteilung in wirtschaftlichen und politischen Kampfe“. Sie wird für jeden unentgeltlich sein, der dem Scharmachertreiben in Wort und Schrift entgegenzutreten beabsichtigt ist, für jeden Redner und Funktionär in der Arbeiterbewegung, der sich mit den stereotypen Angriffen auf den „sozialdemokratischen Terrorismus“ herumzuschlagen muß. Aber auch für jedermann sonst ist das Werkchen von hohem Interesse und dauerndem Wert zur Beurteilung der sozialen Zustände unserer Zeit. Das über 200 Druckseiten starke Buch ist in klarer Schrift auf gutem, holzfreiem Papier gedruckt und in dunklem Ganzleinen solid gebunden. „Terror“ ist zum Preise von 2,50 A durch jede Parteiluchhandlung oder direkt vom Verlag W. Pfannkuch & Co. in Magdeburg zu beziehen.

Historie über den Balkantrieb. In unserem Berliner Parteiverlag ist soeben eine Broschüre erschienen, die überaus wertvolles Material zum Verständnis des Balkantriebes enthält. Das Werkchen ist betitelt: Der Balkantrieb und die deutsche Weltpolitik. Ueber den Inhalt schreibt der „Vorwärts“: „Genosse Otto Bauer schildert darin in ungemein klarer und umfassender Weise die ökonomischen, nationalen und politischen Ursachen des Krieges. Die nationale Mannigfaltigkeit Magdoniens und die hier wirkenden wirtschaftlichen Tendenzen sind ebenso anschaulich dargestellt wie die mittelalterliche Eigenart Albanien. Daneben werden aber auch die Beziehungen der westpolitischen Strömungen zum Balkan, so der deutsch-englische und der österreichisch-russische Gegensatz eingehend geschildert. Das Werk gibt ferner einen großartigen Ausblick auf die gefahrenschwängere weltpolitische Situation, wie sie sich nach den Siegen des Balkanbundes entwickelt hat. Wer in diesen bewegten und verworrenen Zeitaltern ein klares Bild der Balkantriebe und ihrer Begleiterscheinungen haben will, wird in der empfehlenswerten Schrift reiche Belehrung finden. Der Preis der Broschüre beträgt 40 A.“

Entwicklungsgeschichte der Erde. Von Georg Engelbert Graf. Mit 47 Abbildungen und einem Anhang: Geologische Profile und Erklärung geologischer Fachausdrücke. Preis gut gebunden 1 A. Ueber die Geologie und über den Inhalt des Buches schreibt der Verfasser in seiner Vorbemerkung u. a.: Das ist keine Wissenschaft für Studienjeder; denn draußen in der freien Natur liegt das Material, mit dem wir arbeiten werden. Da heißt es, aufmerksam sehen und beobachten und am kleinsten und unscheinbarsten nicht vorübergehen. Das Alltägliche ist es, das die Grundlage abgeben soll für unsere Untersuchungen. Denn dieselben Kräfte, die gegenwärtig in der Natur schaffen, dieselben Gelege, die heute ihren Gang bestimmen und der Zukunft ihre Bahn vorzeichnen, sie haben auch die Vergangenheit aus den grauen Urtagen bis in die Gegenwart heraufgeführt; sie leiten daher auch wieder zurück. Erst wenn das Verständnis für die gegenwärtigen Erscheinungen auf unserem Planeten und ihre Ursachen aufgegangen ist, dem erschließt sich die Entwicklungsgeschichte der Erde.

Dem trägt auch dieses Büchlein Rechnung. Die geologischen Vorgänge, wie sie jeder draußen in der Natur sich abspielen sehen kann, nehmen weitest den meisten Raum ein. Die Beschaffenheit der Steine und ihre Beziehungen zueinander in Verbindung mit den Resten von Tieren und Pflanzen einer untergegangenen Welt, die darin eingeschlossen sind, das ist das Fundament, auf dem wir eine Entwicklungsgeschichte der Erde aufzubauen versuchen wollen.

Das Buch ist durch alle Buchhandlungen oder auch direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, zu beziehen.

Jungvolk, nennt sich der Jugendalmanach, den soeben die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands im Vorwärts-

Verlag erschienen läßt. Der hübsch angelegte, mit zahlreichen Abbildungen versehene, 160 Seiten starke Band weist einen außerordentlich reichhaltigen und vielfältigen Inhalt auf. Wohl alle Zweige unseres Jugendbildungsprogramms sind durch Beiträge parteiloser und gewerkschaftlicher Schriftsteller vertreten. Ein Aufsatz: „Der Wolf kommt“ macht unsere Jugend mit den wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie bekannt, ein Gespräch: „Einigkeit macht stark“ führt sie in das Wesen der Gewerkschaftsbewegung ein. Die Entwicklung und das Ziel der proletarischen Jugendbewegung wird in historischer Darstellung behandelt, während ein anderer Aufsatz besonders die jungen Arbeiterinnen für die proletarische Jugendbewegung zu interessieren und zu begeistern sucht. Die gegenwärtige Jugendbewegung ist durch eine kritische Abhandlung über den Jungdeutscherbund berücksichtigt. Allgemeinerer Bildungs- und Belehrungszweck verfolgen Beiträge über das Volkslied, die deutschen Mundarten, die Kulturbedeutung des Flugproblems, über Abrecht Dürer, über Lebensart, die Schilderung einer Lohnwanderung und anderes mehr. Auch der Unterhaltungsteil bietet ein überaus mannigfaltiges Bild und ist durchweg auf den Charakter des Buches und den Interessenkreis unserer Jugend zugeschnitten. Mit zahlreichen Gedichten, Sprüchen, Schürzen, längeren und kürzeren Erzählungen ersten wie betteren Inhalts sind namhafte ältere und moderne Autoren vertreten; wir nennen nur Namen wie Heibel, Schönberr, Marie v. Ebner-Eschenbach, Walter Hasler, Jürgen Brand. Die Illustrationen dienen zum Teil der Erläuterung des Textes; so ist die Schilderung der Lohnwanderung durch die Wiedergabe der schönsten Burgen des Flugtals, der Dürer-Aussatz durch Zeichnungen des Meisters, der Beitrag über das Volkslied durch die graphische Darstellung einiger stimmungsreicher Volksliedmotive dem Verständnis des jugendlichen Lesers näher gebracht; zu anderen selbständigen Abbildungen und zum sonstigen bildnerischen Schmuck ist eine bekannte Katerin hinzugefügt worden.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend hat den Preis des Buches im Verhältnis zu der Reichhaltigkeit des Gebotenen so niedrig angelegt, daß die weiteste Verbreitung dieses ersten Jugendalmanachs in den Kreisen, für die er bestimmt ist, gesichert erscheint. Der Jugendalmanach, der im Buchhandel 60 A kostet, wird an Jugendliche für 25 A abgegeben.

Eine Markt-Bibliothek könnte man die schmucken Bände nennen, die unser Berliner Parteiverlag unter dem Sammeltitel „Vorwärts Bibliothek“ herausgibt, denn mit Ausnahme des ersten Bandes — der 1,25 A kostet — werden alle bisher erschienenen Bände mit 1 A berechnet und, wie uns der Verlag mitteilt, besteht die Absicht, den Einzelpreis einer Markt auch für die weiteren Bände beizubehalten. Wer die bereits erschienenen Bände kennt, wird sich gewiß nicht wundern, daß sich die „Vorwärts Bibliothek“ überraschend schnell eingeführt hat und in vielen Arbeiterfamilien zu einer beliebten Hausbibliothek geworden ist. Als neuester Band ist soeben „Der Prinzipienreiter“, eine Erzählung aus dem Jahre 1848, von Wilhelm Pios, zur Ausgabe gelangt. Ueber den „Prinzipienreiter“ schreibt der Verlag in einer Vorbemerkung u. a. folgendes: „Dieses Buch ist in den Kreisen, die sich für die Geschichte des „Jahres“ 1848 interessieren, gut aufgenommen worden. Es ist darin, vielleicht zum ersten Male, versucht worden, die von der Revolution bewirkten mannigfachen und merkwürdigen Verschiebungen unter den sozialen Schichten der Bevölkerung gründlich auch in Romanform zur Darstellung zu bringen. Durch die Anlehnung an bekannte historische Persönlichkeiten in einem mitteldeutschen Kleinstaat jener Zeit konnte bei der höchst interessanten Ausformung auch der Humor eine Pflegstätte finden. Dies soll, wie der Autor ausdrücklich sagt, den Ernst, mit dem die Ereignisse von damals in der großen Welt zu betrachten sind, nicht beeinträchtigen.“ Der „Prinzipienreiter“ ebenso wie die früher erschienenen Bände der „Vorwärts Bibliothek“ werden vielfach zu Weihnachtsgeschenken Verwendung finden. Wir können sie auch durchaus empfehlen. Alle Parteiluchhandlungen führen die Bände der „Vorwärts Bibliothek“ auf Lager.

Verdrosenes Volk. Unter diesem Titel gelangt soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68 eine Sammlung Erzählungen und Satiren aus der Feder von Robert Gröbisch zur Ausgabe. Der Preis ist wie bei den früheren Bänden der Vorwärts-Bibliothek gebunden 1 A.

Als humoristisch-satirischer Erzähler ist Robert Gröbisch der Arbeiterwelt längst bekannt. Seit Jahren erscheinen seine Arbeiten in den Spalten der Arbeiterpresse. Jetzt legt er eine Sammlung humoristisch-satirischer Geschichten auf den Bücherisch. „Verdrosenes Volk“ heißt das Buch, und dieser Titel trifft. Leute aus dem Volke, schurkige Räube, schlicht-einfache Naturen, an denen man im Alltag leicht vorüber sieht, zieht Gröbisch aus ihrer Verborgenheit hervor, zeigt sie uns in ihren kleinen und großen Schmerzen, in Situationen, Umständen und Belandungen, die das menschlich-sittliche Gebahren dieser Typen ergötzlich sichtbar werden lassen. Straßenbahner Standbild, der die Postkone aus Nangneid vergliffen möchte, Alois Steprmal, der quacksilbrige Arbeitsfanatiker, Wähler Jirrglebel, der von seinen politischen Feinden zur Urne geschleppt wird, die konkurrierenden Schuster Gaudernad und Wozflab, die einander die Luft nicht gönnen, der immer dankbare Heinrich Regenfeld und was an Räuzen sonst noch im Buche umherläuft: sie alle schleppen unter ihrem Alltagsnamen ein gerichtet Maß Narrentum und Narrenschmerz mit durchs Leben. Wo ihre Verdrosenheit harmlos bleibt, gestaltet der Autor seine Leute mit herzhaf-ironischem, verzehendem Humor, zur hübsigen Satire aber steigert sich dieser Humor, wo die menschliche Komik ins Reaktionsäre hinüber spielt. Es ist ein Buch, das über Menschlich-Mannenschliches lachen macht, ohne die sozialen Nöte unserer Zeit zu vergessen. „Verdrosenes Volk“ ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Um Platz zu schaffen

wollen wir die vorhandenen Restbestände in versteuerten Tabaken und Formen aus den Konkursmassen von Hils & Oberländer, Breslau :-: Franz Spielhagen, Brandenburg a. H. sowie aus der Liquidation von A. Collenbusch, Dresden, schnellstens zu sehr billigen Preisen verkaufen.

Unser Lager besteht zurzeit aus

ca. 25 000 gebrauchten Formen, nur moderne Fassons
Formenpressen Bündelböcken Arbeitstischen

Wir bitten um Lagerbesuch eventuell um Einforderung von Modellbogen und Utensilien-Verzeichnis.

L. Cohn & Co., Berlin N

Deutschlands größtes Wickelformenlager

Brunnenstrasse 24

Freudigkeit, die von jeder unsere christliche Gewerkschaftsbewegung auszeichnete, unerbittlich in eine umfangreiche, nachdrückliche Werbetätigkeit ein!

Die öffentliche Meinung aller christlich und national denkenden Kreise steht auf unserer Seite. In der ganzen deutschen Arbeiterschaft ist durch die jüngsten Auseinandersetzungen der christliche Gewerkschaftsgedanke bekannt geworden; unsere Bewegung hat in letzter Zeit ständig an Ansehen gewonnen. Die Stimmung für ihre weitere Ausbreitung ist außerordentlich günstig.

Kolleginnen und Kollegen! Blickt hoffnungsfreudig in die Zukunft! In allen Stürmen und Kämpfen, in guten und bösen Tagen werdet ihr eure Führer stets auf der Wacht und an der Spitze finden. Sie werden mit euch stehen und fallen. In unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung — darin liegt ihre innere Kraft und ihre Zukunft — sind ihre Führer und Mitglieder eins im Fühlen und Denken, eins im Willen zur Tat.

Wohlan denn, jetzt an die Arbeit! Nützt die Stunde. Entfaltet alle Kräfte zur weiteren Festigung und Ausbreitung unserer Organisationen.

Hoch die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung. Essen, 26. November 1912.

Es klingt gar beweglich in dem Aufruf, der so recht die Sorge der „Führer“ vor dem Zerfall ihrer Gebilde zeigt. Wenn dann zum Schluß wieder die hochtrabende Phrase gebraucht wird, die Führer würden mit den Mitgliedern stehen und fallen, so weiß man, was davon zu halten ist.

Ein Fiasko der Gelben. In Augsburg, wo die gelbe Arbeiterzersetzung von den Industriellen mit allen Mitteln gefördert wird, will es damit in letzter Zeit gar nicht mehr vorwärts gehen. Die Mitglieder reißen in Scharen aus, und bald werden die Führer allein dastehen — trotz der vielen Tausende von Marx, die von den Unternehmern zur Unterstützung der gelben Vereine geopfert wurden. — Der Rückgang der gelben Bewegung in Augsburg zeigte sich in augenfälliger Weise in einer großen gelben Versammlung, die am Sonntag von den Machern der gelben Vereine einberufen worden war und in der zu der bevorstehenden (nunmehr abgehaltenen) Gewerbe-gerichtswahl Stellung genommen werden sollte. Obwohl in allen Fabriken mit großer Plakaten auf die Versammlung hingewiesen und von den Meistern und Beamten mit allem Nachdruck für guten Besuch agitiert worden war, war der Besuch geradezu jämmerlich. Von den rund 6000 Gelben, mit denen renommiert wird, hatten sich ganze 150 eingefunden, trotzdem man aus Essen einen besonders jugkräftigen Redner herbeigebracht hatte. Nach einer Stunde hatte dieser die wenigen Besucher auch noch bis auf ein Duzend zum Saal hinaus geredet.

Die dann am Dienstag stattgefundene Gewerbe-gerichtswahl brachte für die Gelben eine schwere Niederlage. Von 10 324 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 6519 Stimmen, auf die Christlichen entfielen 1450, auf die Hirsch-Dunderschen 942 und auf die Gelben 1413 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erzielten eine Stimmenzunahme gegenüber der letzten Wahl von 1504 Stimmen, die Gelben sind um 884 zurückgegangen. Die freien Gewerkschaften gewinnen vier Sitze, die sämtlich den Gelben abgenommen wurden. Es erhalten: Freie Gewerkschaften 17 Beisitzer und 10 Ersatzmänner, die Hirsch-Dunderschen 2 Beisitzer, 1 Ersatzmann, die Christlichen 4 Beisitzer, 2 Ersatzmänner und die Gelben 3 Beisitzer und 2 Ersatzmänner.

Der Ausfall der Wahl bedeutet eine vollständige Niederlage des gelben Systems. Die Mitglieder der gelben Vereine haben zum weitaus größten Teile für die Liste der freien Gewerkschaften gestimmt. In der Maschinenfabrik Augsburg, der Zuchtschäfte der Gelben, deren Verein dort 2600 Mitglieder zählen soll, stimmten von 2487 Wählern 1472 für die freien Gewerkschaften und nur 489 für die gelbe Liste!

Bei der Wahl der Beisitzer aus dem Unternehmerstande entfielen auf die sozialdemokratische Liste vier Beisitzer und zwei Ersatzmänner.

Ein christlicher Ortskrankentassen-Standal. Die bürgerliche Presse, welche sich nicht genug über sozialdemokratische Mißwirtschaft ereifern kann und die Verfehlungen des gut bürgerlichen Rendanten der Solinger Ortskrankentasse unserer Partei in die Schuhe zu schieben versucht, sei auf folgenden Fall aus Mettmann (Rheinland) hingewiesen: Die dortige Ortskrankentasse ist ganz in den Händen der Christlichen. Der Vorstand ist christlich und die Christlichen beherrschen demgemäß auch die Generalversammlung. Seit drei Jahren machten unsere Parteigenossen schon darauf aufmerksam, daß in der Verwaltung der Kasse Dinge vor sich gingen, für die der Staatsanwalt Interesse haben dürfte. Im Juli dieses Jahres schrieb die Oberfelder „Freie Presse“, daß die Unterschlagungen des Rendanten Roth innerhalb sechs Jahren nunmehr die Höhe von 6000 M. angenommen hätten. Bei einer solch kleinen Kasse eine respektable Summe. Es ging nicht anders, als daß Roth vorläufig seines Amtes entsetzt werden mußte. Die Verhältnisse sind dann durch einen Stadtschreiber untersucht worden und dieser stellte fest, daß durch raffinierte Schwindelereien tatsächlich 6000 M. unterschlagen worden sind. Bereits im ersten Jahre seiner Anstellung hatte Roth mit den Unterschlagungen begonnen. Daß der Rendant sein Gehalt auf Monate voraus schon erhoben hatte und daß Entschädigungen für Miete des Kassenlokals, Licht usw. mit mehr Quartalen im Buße standen, als es im Laufe des Jahres gab, war noch das wenigste. In die Krankentassen waren fingierte Namen eingetragen, die Zahlungen der auswärtigen Firmen für ihre Arbeiter waren überhaupt nicht gebüht und anderes mehr. Der Rendant Roth wurde infolge dieser gravierenden Tatsachen dann verhaftet und ins Oberfelder Gerichtsgefängnis übergeführt. Der Rendant, der bei der ersten Vernehmung schon einen Teil seiner Verfehlungen eingestand und kein Hehl daraus machte, daß in den Sitzungen des christlichen Vorstandes Brauntwein getrunken wurde, der von den Kassenträgern bezahlt worden ist, war ein strammer Zentrumsmann, der bei den Laurentius-Präzessionen sogar das

Am eines Vorredes inne hatte. Und die politischen Freunde dieses Mannes sind die lautesten Schreier über sozialdemokratische Mißwirtschaft in Ortskrankentassen.

Erklärung.

In Nr. 48 vom 20. November des Organs des schwarzen Tabakarbeiterverbandes befindet sich unter Rundschau ein Artikel, an meine Person gerichtet, mit dem Verlangen, die Namen der Fabrikanten zu nennen, welche bei den Verhandlungen am 29. Oktober die von mir veröffentlichten Bemerkungen gemacht haben.

Mit diesem Geschreibsel verfolgt man nur den Zweck, die eigenen Mitglieder über den wahren Sachverhalt zu täuschen.

Wir haben keine Veranlassung, vorläufig Namen zu nennen. Wenn die Leitung der Zentrumsgewerkschaft überzeugt ist, nach angeleglichen Mitteilungen der Leitung des R. C. V., daß meine Behauptungen nicht der Wahrheit entsprechen, so ist ihr der Weg der Klage offen. An Gerichtsstelle werde ich durch einwandfreie Zeugen beweisen können, daß das Schiedsgerichtsverfahren, nach Aussage der Fabrikanten, am 29. Oktober errichtet wurde wegen verschiedener Vorkommnisse und Unehrlichkeiten der Christlichen, damit man sie besser in die Finger bekommen! Hiermit wiederhole ich die Behauptungen und gebe also der schwarzen Leitung Gelegenheit, gegen mich gerichtlich vorzugehen. Köln, den 8. Dezember 1912.

Ludwig Klein.

Gottlieb Weinert †.

Am Mittwoch, den 4. Dezember, starb zu Breslau der Kollege Gottlieb Weinert im Alter von 74 Jahren. Wenig Freude, viel Kummer und Sorge hat Weinert in seinem langen Leben gehabt. Seine Freude bestand in der unbesiegbaren Hoffnung auf das Gelingen der Arbeiterfrage, der er mit ganzer Seele sich gewidmet hatte. Noch als Sterbender ging er, seinen Baden Flugblätter unter dem Arm, mit den Jüngeren tapfer auf Agitation. Als unserem braven Kollegen im Januar dieses Jahres die Ehefrau starb, war es ein schmerzlicher Verlust für ihn. Bei der Beerdigung der Ehefrau trat die Politik dazwischen, und als der Sohn sich weigerte, dem Schuhschmied den Kranz abzuliefern und die Worte sprach: „Dieser Kranz gehört der toten Mutter,“ wurde er angeklagt und zu einer Geldstrafe verurteilt. Der opferbereite Kollege hat nun ausgedient; sein Andenken aber werden wir in Ehren halten.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Versendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. S. in Hamburg. Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Kreditoren bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Riendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

An die Bevollmächtigten!

Wie uns bekannt geworden ist, gibt es immer noch eine Anzahl Rathstellen, die beim Eintritt neuer Mitglieder in den Verband die Bekanntmachung des Vorstandes bezüglich Zurechnung der Beitragsklassen an Eintretende entsprechend des durchschnittlichen Wochenverdienstes unbeachtet lassen. Wir wiederholen diese daher. Sie lautet:

„Neueintretende Mitglieder mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst bis 12 M. sind der 1. Beitragsklasse, mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von über 12 bis 18 M. sind der 2. Beitragsklasse, mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von über 18 bis 24 M. sind der 3. Beitragsklasse und mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von über 24 M. sind der 4. bis 6. Beitragsklasse zuzurechnen.“

Im übrigen ist allen dem Verbands angehörenden Mitgliedern dringend zu raten, ihre Mitgliedschaft im Verbands nach vorstehendem Verbandsbestimmungen einzurichten. Diese Reorganisation ist angesichts der geschaffenen Klassifizierten Unterstützungsätze bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen, Arbeitslosigkeit und Krankheit dringend erforderlich. Mit Bestimmtheit kann heute schon gesagt werden, daß der kommende Verbandstag sich mit dieser Anregung befassen und nicht anders handeln kann, als in diesem Sinne seine Beschlüsse zu fassen.

Allen Bevollmächtigten wird es zur Pflicht gemacht, nach vorstehender Bekanntmachung zu handeln. Bremen. Der Verbandsvorstand, J. A. C. Deichmann.

Bekanntmachungen.

Die Krankentassenverwaltung betreffend hat der Vorstand beschlossen, daß bei solchen Mitgliedern, die arbeitslos sind und sich während der Arbeitslosigkeit krank melden, die Krankentasse für Anzahlung des Krankengeldes nur dann in Wegfall kommt, wenn die Arbeitslosigkeit vor der Krankheit mindestens eine Woche gedauert hat. Alle Mitglieder, die weniger als eine Woche arbeitslos waren und sich krank melden, erhalten für die ersten drei Tage kein Krankengeld.

Ausgeschlossen wurde nach § 15 des Statuts in Neustadt: der Zigarrenmacher Alb. Schürer aus Ludwigshafen, Prs. Reisse, S. I, Nr. 37 070, a. u. g. 17. 7. 1910, Nr. 4. S. Nr. 23523.

Ohne Abmeldung sind abgereift von: Minder: der Zigarrenmacher Gertr. Schürmann aus Brummen (Holland), a. u. g. 15. 9. 1912, S. II, Nr. 42 138, Nr. 3. S. Nr. 2422.

Mitglieder: der Zigarrenmacher Adolf Golländer, geb. 12. 1. 1877 zu Schönlanke, a. u. g. 7. 5. u. Buchnummer 2, Nr. 2405. An vorstehende Mitglieder darf keine Unterstützung gezahlt werden.

Vom Vorstande sind ernannt:

Algenau-Wahlbezirk (Unterfranken): 1. Bev. Gerhard Wimmer, Algenau (Unterfranken), 2. Bev. Friedr. Mellendorf, Algenau.

Adressenänderungen.

Schweibitz. Der 1. Bev. Adolf Priever wohnt Croisstr. 2 II, bei Hermann.

Mittelelbe. Alle Aufschriften sind an den 2. Bev. Felix Stierlin, Schimmerstraße, zu richten. Hannau t. Schl. Der 1. Bev. Gust. Erdmann wohnt Hegelstr. 46 I. Gammerrich. Alle Aufschriften und Sendungen sind an den Vertrauensmann Herrn. Stod, Buchbruder, Wollweberstr. 68, zu richten.

Wentorf. Alle Aufschriften sind zu richten an Konrad Schmiedler, Freiberg. Der 1. Bev. Kurt Jurich wohnt Fürstenthal 6 I. Alle Aufschriften sind an diesen zu richten.

Vom 3. bis 9. Dezember 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (B-Verbandsbeiträge, A-Annoncen, P-Protokolle der Generalversammlung, B-zurückgehalt): 30. Nov. Jüterbog 8. 150.—, Salsungen 2. 150.—, Neuzerbin 5. 100.—, 1. Dez. Döbelen 4. 50.—, Zwickau 8. 100.—, ...

B. 58.—, Riddgen-Trohe 2. 50.88, Blomar 3. 34.—, 2. Gera 2. 200.—, Guben 2. 140.—, Burgen 2. 220.—, Wansen 2. 100.—, Droy 2. 250.—, 3. Gießen 2. 100.—, Schwewe 2. 400.—, Hünnebrod 2. 150.—, Karlsruhe 2. 100.—, Hamburg 2. 350.—, 4. Döbeln 2. 200.—, Elbenfömmern 2. 50.—, Müden 2. 700.—, 5. Herrhausen 2. 140.—, Nordhausen 2. 1000.—, Müllheim 2. 50.—, Neugersdorf 2. 80.—, 6. Hamburg 2. 1000.—, 7. 10.50, 8. 1.75, 9. 2. 10.—, Bremen den 9. Dezember 1912.

W. Nieder-Welland, Kassierer.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den Gau Hamburg: Altona: Gottlieb Ollertag, Bureau: Gimsbüttelerstraße 10. Für Bremen: Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.

Für den Gau Braunschweig: Braunschweig: Ernst Spärlake, Mauernstraße 48, II. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den Gau Nordhausen: Nordhausen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14. Mühlhausen i. Th.: Emil Rothe, Rosenstraße 8.

Für den Gau Herford: Herford: Wilhelm Schlüter, Bureau, Rurfürstenstraße 8. Bünde: Karl Wenke, Bahnhofstr. 4.

Für den Gau Köln: Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II. Für den Gau Frankfurt a. M.: Gießen: Helmut Riegel, Gellstr. 34, III.

Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Wehlar. Hanau: Konrad Gräbner, Nordstraße 58.

Umfassend die Kreise Hanau, Homburg, Marburg, Kirchhain, Frieda, Hünfeld, Gelnhausen, Schlüchtern, Hersfeld (Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Oberfranken (Königreich Bayern).

Für den Gau Offenburg: Offenburg: Georg Durban, Luthallenstraße 11 I.

Für den Gau Heidelberg: Heidelberg: Gauleiter Chr. Stock, Hauptstr. 118 a, II, Seitenbau.

Für den Gau Karlsruhe: Karlsruhe: Ad. Pfeiffing, Werderstraße 95, prt.

Für den Gau Erfurt: Erfurt: Anton Fischer, Ubelstedterstraße 28. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.

Für den Gau Dresden: Dresden-M.: Joseph Domenger, Rippenbergstr. 2 III, Zimmer 84. Walter Robis, Dresden-Büchen, Torgauerstr. 58, prt., für die Sortierer.

Für den Gau Breslau: Breslau: Wilhelm Krämer, Kupferschmiedestraße, 60, Oberstraße 29 I.

Für den Gau Berlin: Berlin: Alwin Schulte, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 8a, vorn, II. Gg.

Für den Gau Elbing: Elbing: Robert Henschel, Grite-Niederstraße 18.

Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Arbeitsnachweis für Sortierer.

Leipzig: Herm. Kolenfeldt, Leipzig-M., Kreuzstr. 38, II. Wltho: Heinz. Waltermann, Wltho, Wasserstr. 33. Freiberg: Carl Feldmann, Fürstenthalstr. 6 II. Breslau: Rich. Langner, Fildergasse 8. Gießen: Max. Kraußlein, Lufsenstraße 11. Briesg: Auskunft in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erteilt: Carl Sauste, Neuhäuserstr. 58. Döbeln: Franz Janta, Hauptstr. 18 I.

Statistik

für das Kaiserliche Statistische Amt.

An die Gauleiter!

Trotz der vielen Hinweise auf die Wichtigkeit der statistischen Angaben halten eine Reihe Bevollmächtigter es immer noch nicht für nötig, diese Angaben zu machen oder schicken die Karten so spät ein, daß sie nicht mehr mit Berücksichtigung werden können. Wir ersuchen nun dringend die Gauleiter, die Bevollmächtigten ihres Gau's über die Wichtigkeit der Statistik aufzuklären und sie zur pünktlichen Einreichung der Angaben anzulassen.

Von folgenden Zeitstellen ging der Monat November keine Angabe ein:

Gau Hamburg: Daffum, Daffum. Gau Braunschweig: Schönhausen, Renndorf, Claustral, Hedemünden. Gau Nordhausen: Altmorichen, Cassel, H. Almerode, Wanfried, Gernshwerd.

Gau Herford: Neuentkirchen, Wesentamp, Buxtedt, Oldendorf i. B., Ostliver, Wallenbrück, Hünthorst, Hagen 6, Pyrmont.

Gau Köln: Crefeld, Emmerich, Kettwig, Neuwied, Lrier. Gau Frankfurt: Hanau, Langenselbold, Rüdigen, Dainstadt, Offenbach, Wiesbaden.

Gau Heidelberg: Waldorf. Gau Offenburg: Ketzlingen, Offenburg, Zundweier. Gau Karlsruhe: München, Müdenberg, Karlsruhe, Lauffen, Wiedelsbach, Stuttgart, Fahren-Waben.

Gau Erfurt: Raumburg, Wintersdorf, Gera, Erfurt, Ralschhausen, Kreuzburg, Waldorf a. d. Berka, Mühlh.

Gau Dresden: Wittenberg, Kreitscha, Langenau, Rogmeln, Zammenberg.

Gau Breslau: Grlitz, Neusalz a. d. O., Ratibor. Gau Berlin: Belgig, Eberswalde, Senftenberg, Spremberg.

Mitglieder-Versammlungen.

Der Wille vorwärts zu kommen, ist der halbe Sieg!

Sonnabend, den 14. Dezember:

Niederbassen: Ab. 8. 5. Henke. Jychoe: Ab. 8. 5. F. Lecht. Sonntag, den 15. Dezember:

Bünde: Nachm. 3. 5. Bm. Hübel. Dienstag, den 17. Dezember:

Wentzberg: L.-D. wird bekannt gegeben.

Gesterben:

Am 28. November zu Hannover Hermann Klapper aus Springe, 61 Jahre alt.

Am 29. November zu Altona F. Ransch aus Berlin, 60 Jahre alt.

Am 4. Dezember zu Breslau Gottlieb Weinert, 70 Jahre alt.

Am 5. Dezember zu Spanbau Joseph Wobdenbrücker aus Sabelshwerdt, 35 Jahre alt.

Am 6. Dezember zu Briesg Frau Hedwig Wende aus Briesg, 55 Jahre alt.

Oben ihrem Andenken!

